



Beilage zur Wochenzeitung

Das Parlament

1. März 2004

Aus Politik und Zeitgeschichte

3 Bernhard Schäfers *Essay*

Elite

8 Viktoria Kaina

Deutschlands Eliten – Kontinuität und Wandel

17 Michael Hartmann

Eliten in Deutschland

25 Hildegard Macha

Rekrutierung von weiblichen Eliten

34 Klaus K. Urban

Hochbegabtenförderung und Elitenbildung



Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.

Redaktion:

Dr. Katharina Belwe
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Dr. Hans-Georg Golz
Dr. Ludwig Watzal
Hans G. Bauer
Koredaktion dieser Ausgabe:
Nicole Maschler
Telefon: (0 18 88) 5 15-0

Internet:

www.bpb.de/publikationen/apuz
E-Mail: apuz@bpb.de

Druck:

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main

Vertrieb und Leserservice:

Die Vertriebsabteilung
der Wochenzeitung *Das Parlament*,
Frankenallee 71–81,
60327 Frankfurt am Main,
Telefon (0 69) 75 01-42 53,
Telefax (0 69) 75 01-45 02,
E-Mail: parlament@fsd.de,
nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
 - Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung *Das Parlament*
einschließlich Beilage zum Preis
von Euro 9,57 vierteljährlich,
Jahresvorzugspreis Euro 34,90
einschließlich Mehrwertsteuer;
Kündigung drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes;
 - Bestellungen von Sammel-
mappen für die Beilage
zum Preis von Euro 3,58
zuzüglich Verpackungskosten,
Portokosten und Mehrwertsteuer.
- Die Veröffentlichungen
in der Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung
des Herausgebers dar;
sie dienen lediglich der
Unterrichtung und Urteilsbildung.
Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke
hergestellt werden.

ISSN 0479-611 X

Editorial

■ „Unsere Gesellschaft braucht Eliten“, hatte Bundeskanzler Gerhard Schröder zu Beginn seiner Amtszeit erklärt und im Januar 2004 durch den Ruf nach Elite-Universitäten bekräftigt. Die Debatte darüber ist in vollem Gange. „Eliten“ – oder „gehobene soziale Schichten“ – werden in den Sozialwissenschaften als mehr oder weniger geschlossene soziale und politische Einflussgruppen bezeichnet, die sich aus der Gesellschaft herausheben und im politischen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen System bestimmte Funktionen übernehmen.

■ Doch wie kommt eine Gesellschaft zu jenen fähigen und legitimierte Führungsgruppen, welche die anstehenden Aufgaben in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bewältigen? Wie entstehen Eliten, wie sehen die Rekrutierungswege und Karrierepfade aus, welche Wertorientierungen, politischen Einstellungen und Kommunikationsmuster dominieren innerhalb der Führungsschichten?

■ Eliten in Deutschland unterscheiden sich durch ihr Bildungsniveau deutlich von der Gesamtbevölkerung; sie kommen überproportional häufig aus Familien mit hohem sozialen Status – ausgenommen Gewerkschaftseliten und politische Eliten von SPD und Grünen, schreibt *Bernhard Schäfers* in seinem Essay. Anders als in den USA, Großbritannien und Frankreich erfolge die Elitenrekrutierung hierzulande jedoch auf einer vergleichsweise breiten Basis. Vor diesem Hintergrund werde die Forderung der Politik nach Elite-Universitäten von der Bevölkerung sehr kritisch verfolgt.

■ Nach den von *Viktoria Kaina* präsentierten Befunden der Potsdamer und Mannheimer Elitestudie sind die Zugangschancen zu Elitepositionen in der Bundesrepublik formal gesichert. Ungeachtet des nach wie vor bestehenden Einflusses

der sozialen Herkunft sei die Rekrutierungsbasis für Elitepositionen insgesamt breiter geworden. *Michael Hartmann* widerspricht dieser These. Er bestreitet den Bedeutungszuwachs leistungsbezogener Auswahlkriterien. Nach seinen Untersuchungsergebnissen kann von einer sozialen Öffnung der deutschen Eliten keine Rede sein. Die Bildungsexpansion habe nur den Zugang zu den Bildungsinstitutionen erleichtert, nicht aber zu den Elitepositionen. Wer in Vorständen und Geschäftsführungen großer Unternehmen gelangen wolle, der müsse vor allem eines besitzen: habituelle Ähnlichkeit mit den Personen, die sich dort bereits befinden. *Kaina* sieht auf Grund dieser widersprüchlichen Befunde, die nicht zuletzt auf unterschiedliche Methoden der Datenerhebung zurückzuführen seien, weiteren Forschungsbedarf.

■ In den Topetagen der Wirtschaft sind die Eliten männlich. Auf Frauen trifft man nur in den Bereichen, in denen eine soziale Öffnung stattgefunden hat – wie in Politik, Gewerkschaften und Wissenschaft. Eine wesentliche Erhöhung des Frauenanteils in Spitzenpositionen hat es nach *Hildegard Macha* in den vergangenen 25 Jahren nicht gegeben. Die Autorin macht dafür die Strukturen der Elitenrekrutierung und der Reproduktion sozialer Macht verantwortlich. Sie verweist auf eine Barriere, die Frauen tendenziell am Aufstieg in die Elite hindere.

■ Auch Demokratien brauchen Eliten – durchlässige Gruppen, die sich von anderen Teilen der Gesellschaft nicht absondern. Nach Auffassung von *Klaus K. Urban* sind Elite und Demokratie nicht als Gegensätze aufzufassen. Vielmehr bestehe ein dialektisches Verhältnis zwischen im Prinzip offenen Eliten und einer demokratischen Verfassung, die gleiche Bildungschancen garantiere und zugleich Hochbegabten besondere Chancen einräume.

Katharina Belwe

Elite

Begriffsverständnis bis zum Ersten Weltkrieg

Was unter Elite verstanden wird, ist der Sache nach so alt wie die ersten systematischen Entwürfe einer gesellschaftlichen Ordnung. Bei Platon (427–347 v. Chr.) sollen die Besten, die Weisen, die sich auch mit dem Guten auskennen, herrschen (Politeia, 6. Buch). Der Terminus Elite (vom lateinischen *eligere* = auswählen) ist nur etwa 200 Jahre alt und – wie so viele Begriffe unserer politisch-sozialen Sprache seit der Aufklärungs- und Revolutionszeit – französischen Ursprungs. Die Übertragung des Elitebegriffs von der militärischen Ebene auf die „politische Klasse“ (Gaetano Mosca) vollzog sich erst um 1900. Wörterbücher und Lexika befassten sich bis dahin nur mit Eliteeinheiten beim Militär, ihrer Auswahl und Schulung.

Mit der Aufklärungs- und Revolutionszeit und der damit einhergehenden Grundlegung der modernen Staats- und Gesellschaftsordnungen stellte sich das Problem, die Besten für die Herrschafts- und sonstigen Gemeinschaftsaufgaben auszuwählen, völlig neu: Zum einen wurden ständische Prinzipien der Selektion, der Verteilung von Ämtern und Pfründen, immer weniger akzeptiert; zum anderen gab es nunmehr die Forderung nach Gleichheit, neben Freiheit und Brüderlichkeit die dritte Säule der revolutionären Umgestaltungen, auch wenn in Deutschland – anders als z. B. in den USA – bis zum Ersten Weltkrieg der Anspruch auf Gleichheit in einer nach wie vor stark von Adel und Militär, Bürokratie und Kirche dominierten Gesellschaft klein gehalten wurde.

Die sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts abzeichnenden Veränderungen in der Durchsetzung von Demokratie und die sich ausbreitenden Strukturen einer Massengesellschaft waren zugleich der Nährboden, auf dem die bis heute nachwirkenden politischen Elitetheorien entstanden. Seit der einflussreichen Philosophie Friedrich Nietzsches (1844–1900), der eine totale Abkehr vom Wertesystem egalitärer, demokratischer Gesellschaften forderte, entstand ein politisch

immer stärker spürbares Spannungsverhältnis zwischen sich entwickelnder Massengesellschaft – wie den auf Gleichheit orientierten Bewegungen – einerseits und elitär zu nennenden Zirkeln andererseits; dieses gipfelte in der Forderung nach dem „neuen Menschen“, nach Eliten und schließlich nach dem „Führer“. Sozial- und staatspolitisch aufbereitet wurden die Forderungen Nietzsches von Gaetano Mosca (1858–1941) und Vilfredo Pareto (1848–1923) aufgegriffen; Letzterer verwendete erstmals explizit einen auf politische Herrschaft bezogenen Elitebegriff. Nach Pareto ist der politisch-soziale Wandel eng mit dem „Kreislauf der Eliten“ verknüpft (*classe eletta* = „ausgewählte Klasse“, im italienischen Original von 1916). Seit dem Ersten Weltkrieg, dessen Ausgang die Gesellschaftsordnungen und damit die Politik in vielen Ländern veränderte, hatten diese Theoretiker der Politik – mit den üblichen Vereinfachungen – Einfluss auf die sich entwickelnden faschistischen Bewegungen und ihre Ideologien. Diese auf die „politische Klasse“ bezogenen Theorien gingen im Kern davon aus, dass Eliten notwendig sind, um der Masse den Weg in die Zukunft zu weisen und im sozialdarwinistisch verstandenen Wettkampf der Nationen zu bestehen.

Wandel des Begriffsverständnisses

Der erste in einem gesellschaftstheoretisch und politisch relevanten Sinn geprägte Elitebegriff war also als Gegenbegriff zur Masse bzw. zur demokratischen Massengesellschaft mit ihren Gleichheitsforderungen konzipiert; er bezog sich auf eine kleine Gruppe wertbewusster, der Zukunft zugewandter Männer, die zur Herrschaft berufen sind. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zur Ausbildung eines Elitebegriffs im heutigen, auf die gesamte Gesellschaft bezogenen Verständnis. In Deutschland, wo der Elitebegriff durch die Gleichsetzung mit Herrenrasse und Herrenmenschen zusätzlich belastet war, bedurfte es besonderer Anstrengungen, ihn aus diesem Kontext herauszulösen und als analytische Kategorie verwendbar zu machen. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang die Arbeiten des an der Freien

Universität Berlin lehrenden Politologen und Soziologen Otto Stammer über „Das Elitenproblem in der Demokratie“; im „Wörterbuch der Soziologie“ (1955) definierte er Eliten als „Funktionseleiten“, deren „Bestand, Zusammensetzung, Auswahl und Ergänzung von der Stellung und Funktion abhängig sind, welche die einzelnen Führungsgremien im politischen Wirkungszusammenhang innehaben“.

Es folgten begriffliche Differenzierungen, so von Hans Peter Dreitzel, und empirische Untersuchungen, die immer mehr gesellschaftlich-staatliche Funktionsbereiche nach Herkunft, Bildungs- und Karrieremustern, nach Altersstruktur und Kohärenz der Funktionseleiten unterschieden. In seinem in breiter Öffentlichkeit rezipierten Werk über „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“¹ nannte Ralf Dahrendorf als zentrale Funktionsbereiche: Wirtschaft; Politik und öffentliche Verwaltung; Forschung, Wissenschaft und Bildung; Kirchen; Kultur, Kunst und „Freizeitindustrie“; Justiz; Militär. Die Akzeptanz dieses funktional konzipierten Elitebegriffs erhöhte sich in dem Maße, in dem die Chancengleichheit als Möglichkeit für alle wahrgenommen wurde und die Mechanismen der Selektion und des Aufstiegs in die Ränge der Funktionseleiten transparent blieben. Diese Entwicklung schien, zumal angesichts der enormen Bildungsexpansion seit Beginn der sechziger Jahre und der beruflich-sozialen Besserstellung eines Großteils der Bevölkerung, das „Elitenproblem in der Demokratie“ (Stammer) zu lösen.

Die begrifflichen und funktionalen „Sortierungen“ zum Elitebegriff hielten der Realität damals so wenig wie heute stand. Der amerikanische Soziologe Charles W. Mills zeigte in seinem in der ganzen westlichen Welt bekannten Werk über die „Power Elite“², dass die Funktionsbereiche und ihre Eliten nicht fein säuberlich getrennt sind, sondern sich ihr Einfluss durch Interaktionen von Militär, Politik und Industrie zu einem antidemokratischen Komplex verdichten kann. Zum elitären Bewusstsein gehört, die Basis oder die Massen gering zu schätzen oder auch das Parlament – wie es gegenwärtig häufig geschieht – einfach zu übergehen, weil man von seiner auserwählten Position her ja weiß, wo es langgeht.

Auf die Frage von Pareto nach dem Wechsel der Eliten konnte Wolfgang Zapf (1965) mit seinen Untersuchungen über „Wandlungen der deutschen Elite“ von 1919 bis 1961 die Antwort geben, dass

1 München 1965.

2 New York 1956; deutsch 1962.

es – entgegen vorherrschender Meinung – auch nach 1945 in Westdeutschland zu einem umfänglichen Austausch von Eliten gekommen war; dieser erfolgte jedoch nicht so revolutionär wie 1919 bzw. 1933, sondern vollzog sich in einem Zeitraum von vielen Jahren. Auch hinsichtlich der Herkunft und der Zusammensetzung der Eliten gab es erhebliche Veränderungen. Innerhalb von nur 70 Jahren hat Deutschland seine Eliten vier Mal ausgetauscht: 1919 ff.; 1933 ff.; 1945 ff. in beiden deutschen Besatzungszonen bzw. Teilstaaten und seit 1990 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. In den ostdeutschen Bundesländern gab es insofern nicht nur einen „Institutionentransfer“ (Gerhard Lehbruch) aus der alten Bundesrepublik, sondern damit verbunden auch einen „Elitentransfer“.

Die inzwischen etablierte soziologische und politische Eliteforschung geht davon aus, dass sich die Funktionseleiten durch ihr Bildungsniveau deutlich von der Gesamtbevölkerung unterscheiden und überproportional aus Familien mit hohem sozialen Status stammen – ausgenommen die Gewerkschaftseliten und die politischen Eliten der SPD und der Partei Bündnis 90/Die Grünen; Frauen sind erst seit Beginn der achtziger Jahre mit wachsendem Anteil in Elitefunktionen tätig.³ In einem Punkt gab und gibt es Unterschiede zu Großbritannien, Frankreich und den USA, den wichtigsten Referenzländern auch in Fragen der Eliteuniversität, von der noch zu sprechen sein wird: Die deutsche Elite ist weder von ihrer Herkunft noch von ihrem Zusammenhalt her als „nationale Elite“ zu verstehen; elitäre Bildungsinstitutionen, vom Gymnasium bis zu den Hochschulen, die „man“ absolviert haben muss, um im Konkurrenzkampf zu bestehen und lebenslang wirksame „Netzwerke“ zu knüpfen, gibt es in dieser Form nicht.

Werteliten als Gegenpol zu Machteliten

Ralf Dahrendorf sprach in „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“ von der „Basis der Gleichheit“ und dem „Dachfirst der Eliten“. Das

3 Vgl. zu diesen und anderen Befunden Ursula Hoffmann-Lange/Wilhelm Bürklin, Eliten, Führungsgruppen, in: Bernhard Schäfers/Wolfgang Zapf (Hrsg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, 2. erw. und verb. Aufl. Opladen 2001, S. 170–182; Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands. Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Vereinigung, 3., grundlegend überarbeitete Auflage, Wiesbaden 2002, vgl. Kap. 6, Eliten, S. 145–166.

passte im Gebäude der sich entwickelnden Demokratie und unter den genannten Prämissen der verbreiterten Chancengleichheit gut zusammen. Doch seither ist das Spannungsverhältnis zwischen Eliten und demokratischer Basis größer geworden, sei es aus Gründen einer wachsenden Kritikbereitschaft und Kritikfähigkeit, sei es aus Gründen einer allgemeinen Besorgnis um die Entwicklung der politischen und gesellschaftlichen Institutionen. So werden den Funktionseliten Werteliten entgegengesetzt. Diese repräsentieren kulturelle Errungenschaften, Bildungsgüter und Wertmaßstäbe, deren das Gemeinwesen für seine Integration und Fortentwicklung bedarf. Hier zählen nicht „demokratische“ Selektionsmechanismen der Chancengleichheit und der Auswahl nach Leistung, sondern die Überzeugungskraft durch Vorbild und Argumentation. Werteliten legitimieren sich über die von ihnen explizit gemachten Wertmaßstäbe; zu ihnen gehören auch Personen der Funktionseliten, wie z. B. die Bundespräsidenten, die mit weithin wirksamen Reden an Grundlagen des politischen und sozialen Gemeinwesens erinnern. Aber es sind ebenso häufig Personen aus der Literatur, den Kirchen und der Theologie, der Wissenschaft und Kunst, denen die Medien wegen ihres unbestrittenen Ansehens Gehör verschaffen. „Werteliten“, so Kurt Lenk, „sollen – als Widerlager – die Gefahr einer Omnipotenz von Machteliten bannen.“⁴ Doch das Problem von Werteliten ist, dass sie angesichts der Pluralität des Wertsystems wohl nur in Angelegenheiten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung für die gesamte Bevölkerung sprechen, während die Funktionseliten – ob es den Bürgerinnen und Bürgern passt oder nicht – für alle im jeweiligen Funktionsbereich zuständig sind.

Zu bannen gilt es nicht nur die „Omnipotenz von Machteliten“ in der Politik, in den Gewerkschaften und Verbänden, sondern auch in den Medien oder im Sport. In vielen Bereichen und Institutionen ist offenkundig, dass sich Funktionärskasten immer mehr von der Basis entfernen. Der Begriff „Kaste“ wurde bewusst gewählt, auch wenn er einem ganz anderen Kultur- und Herrschaftskreis entstammt; denn er weist auf das Nicht-Legitimierte sich verselbständigender Leitungsfunktionen hin.

Ähnliches ist zu befürchten, wenn politische Spitzenfunktionäre in Deutschland Eliteuniversitäten

4 Kurt Lenk, „Elite“ – Begriff oder Phänomen?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/1982, S. 27–37.

nach dem Vorbild der USA gründen wollen. Entsprechenden Forderungen von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Bildungsministerin Edelgard Bulmahn im Januar 2004 in Weimar ist entgegengehalten worden, dass die jetzige Bundesregierung Mitverantwortung trage für die Nivellierung aller Elemente, welche die deutschen Universitäten und Hochschulen (der Technik, Musik usw.) bis in die Gegenwart weltweit auszeichneten. Wer miterlebt hat, wie in den Gremien der Kultusministerkonferenz von Vertretern des Bundes wie der Länder um die Abschaffung möglichst vieler Leistungsnachweise bei der Aufstellung von Rahmenrichtlinien für Studienpläne des Diploms oder Magisters gerungen wird, um die Studienabschlüsse zu beschleunigen, hat nur ein Beispiel unter vielen dafür, wie nicht nur nivelliert, sondern auch Niveauabsenkung betrieben wird. Auch unsinnige, jede Sonderstellung verhindernde Gesetze und finanzielle Engpässe untergraben die erforderlichen Freiräume für Lehre, Forschung und Studium, deren es auf dem Weg zu besonderer Qualifizierung bedarf. Der Kanzler der Harvard-Universität, des beneideten „Vorbildes“, sprach mit Blick auf die Entwicklungen in Deutschland von „Politikerarroganz“,⁵ die sich Wissenschaftler wie Theodor Mommsen oder Max Weber nicht hätten bieten lassen.

Mit der Forderung nach Eliteuniversitäten in Deutschland verträgt sich auch schlecht, dass Tausende von hoch qualifizierten jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, unter ihnen eine wachsende Zahl Habilitierter, auf der Straße stehen. Dem Bochumer Historiker Hans Mommsen erscheint es „grotesk, von Eliteuniversitäten zu träumen, wenn man gleichzeitig dem wissenschaftlichen Nachwuchs den Aufstieg verweigert“⁶. Viele Universitäten bzw. Fakultäten verfügen nicht mehr über die erforderliche Grundausstattung, um überhaupt Drittmittel werben zu können. Da Drittmittel aber nicht nur der Forschung dienen, sondern auch die schlimmen Zustände im Lehrbetrieb kaschieren und bei den so beliebten Rankings einen wichtigen Indikator darstellen, wird das deutsche Hochschulwesen in einer sich beschleunigenden Abwärtsspirale erfasst. Eliteuniversitäten mit einem mehr als fragwürdigen Finanzierungsmodus und einem äußerst restringierten Fächerkanon würden diese Entwicklung an den „normalen“ Universitäten und Hochschulen noch verstärken.

5 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. 1. 2004, S. 33.

6 Süddeutsche Zeitung vom 12. 1. 2004.

Elite und Demokratie

In den Sozialwissenschaften hat sich seit den sechziger Jahren die Definition durchgesetzt, dass es sich bei (Funktions-) Eliten um einen Personenkreis handelt, der Einfluss auf Struktur und Wandel der Gesellschaft bzw. ihre funktional differenzierten Bereiche hat. Wer zu diesem Kreis gehört, unterliegt bestimmten Mechanismen der Selektion, die bei den Funktionseliten weitgehend institutionalisiert sind. Diese Definition suggeriert eine Eindeutigkeit, die aus mehreren Gründen nicht gegeben ist. Der Begriff ist – von der „herrschenden Klasse“ bis zu den „oberen Zehntausend“ – zu weit gefasst. Der Terminus „Elite“ bedarf also der Erläuterung, eines Zusatzes wie „Machtelite“, „Bildungselite“, „politische Elite“. Auch die historische Semantik des Elitebegriffs, die ja fortlebt, sowie die verschiedenen Ebenen, für die er in

sachlicher und auch in geografischer Hinsicht benutzt wird – städtische und regionale, national und international tätige Eliten –, müssen jeweils spezifisch benannt werden.

Mag der Elitebegriff in den Sozialwissenschaften als analytische Kategorie und als Element der Sozialstruktur weitgehend unstrittig sein – in der Bevölkerung ist er es keineswegs. In der kritischen Öffentlichkeit wird mit Interesse verfolgt, wie breit die personale und institutionelle Basis der Eliten ist und ob es wieder – wofür es empirische Belege gibt – zu einer „Schließung sozialer Kreise“ (Max Weber) kommt. Das Eliteproblem in der Demokratie lässt sich nicht ein für allemal lösen, so wenig wie Fragen der Chancengleichheit oder der „sozialen Gerechtigkeit“. Als Strukturelement in einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bedürfen die vielfältigen Erscheinungsformen sowie der Ruf nach einer Elite daher einer besonders kritischen Öffentlichkeit.



Deutschlands Eliten zwischen Kontinuität und Wandel

Empirische Befunde zu Rekrutierungswegen, Karrierepfaden und Kommunikationsmustern

Begriffsverwirrungen

Unter dem Eindruck gesellschaftlicher, politischer und ökonomischer Wandlungsprozesse scheint das Interesse an den Eliten der Bundesrepublik neu entfacht. Das belegt nicht nur eine Vielzahl fachwissenschaftlicher Publikationen.¹ Auch die öffentliche Aufmerksamkeit zeigt sich angesichts von „Pisa-Schock“, anhaltend hoher Arbeitslosigkeit und permanenten Haushaltsproblemen sowie wachsender politischer Unzufriedenheit bei gleichzeitigem Reformdruck für das Elitenthema sensibilisiert. Dennoch halten vor allem in Deutschland Unbehagen, Irritationen und Missverständnisse um den Elitenbegriff aufgrund seiner historischen Vorbelastung bis heute an. Darüber hinaus konkurrieren unterschiedliche Vorstellungen von Eliten – je nach zu Grunde gelegter Begriffsdefinition – miteinander und gegen zahlreiche Alternativbegriffe.²

Die allgemeinste Vorstellung von Eliten zielt auf Minderheiten von Personen, die sich in einem Prozess der Auslese und Konkurrenz herausgebildet haben, der ihre herausgehobene Stellung in der Gesellschaft zugleich rechtfertigt und begründet.³ Doch obwohl sich die frühesten Zeugnisse eines

derart einfachen Elitenbegriffs anhand der Bibel auf die Zeit vor 3000 Jahren datieren lassen,⁴ ist noch immer kein Konsens darüber gefunden, wer zu den Eliten einer Gesellschaft zählt und warum jemand zum Mitglied dieses Kreises wird. Dabei ist insbesondere umstritten, was eine Person zum Angehörigen einer Elite qualifiziert. Sind Leistung oder Erfolg maßgeblich, Reputation oder Selbstzuschreibung, Bildung oder Expertenwissen? Bestimmen Eigentum und Besitz, Herkunft und Stand darüber, wer zu den Eliten gehört? Möglicherweise ist auch ein bestimmtes Wertebewusstsein das zentrale Merkmal, auf dem der Elitestatus beruht. Oder sind es die Mächtigen einer Gesellschaft, die jenen Personenkreis definieren, der als Elite bezeichnet wird?

Das Kriterium der Macht ist in erster Linie für politikwissenschaftliche Fragestellungen zentral, die sich mit dem Elitenproblem im Kontext von Herrschaft, Konflikt und Konsens beschäftigen und an der Rolle von Eliten in politischen Willensbildungsprozessen interessiert sind.⁵ Dabei wird den Mächtigen einer demokratischen Gesellschaft die Funktion zugeschrieben, politische Führungs- und Steuerungsleistungen wahrzunehmen.⁶

Die vor diesem Hintergrund auch als Funktionselitens etikettierten Mitglieder einer Führungsschicht sind in Demokratien in der Regel diejenigen Per-

1 Vgl. z. B. die Übersicht bei Michael Hartmann, *Der Mythos von den Leistungseliten*, Frankfurt/M.–New York 2002, S. 13; außerdem Klaus M. Kodalle (Hrsg.), *Der Ruf nach Eliten*, Würzburg 2000; Beate Kraus (Hrsg.), *An der Spitze*, Konstanz 2001; Viktoria Kaina, *Elitenvertrauen und Demokratie*, Wiesbaden 2002; Stefan Hradil/Peter Imbusch (Hrsg.), *Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen*, Opladen 2003.

2 Vgl. Wolfgang Schluchter, *Der Elitebegriff als soziologische Kategorie*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 15 (1963), S. 233–256; Günter Endrueit, *Elitebegriffe in den Sozialwissenschaften*, in: *Zeitschrift für Politik*, 26 (1979), S. 30–46; Peter Imbusch, *Konjunkturen, Probleme und Desiderata sozialwissenschaftlicher Elitenforschung*, in: Stefan Hradil/ders. (Anm. 1).

3 Vgl. Heinz Bude, *Auf der Suche nach Elite*, in: *Kursbuch*, (2000) 139, S. 9–16, hier S. 10.

4 Vgl. G. Endrueit (Anm. 2), S. 32.

5 Vgl. u. a. Otto Stammer, *Das Eliteproblem in der Demokratie*, in: *Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung*, 71 (1951), S. 513–540; Suzanne Keller, *Beyond the Ruling Class. Strategic Elites in Modern Society*, New York 1963; Ursula Hoffmann-Lange, *Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik*, Opladen 1992; Wilhelm Bürklin/Hilke Rebenstorff u. a. (Hrsg.), *Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration*, Opladen 1997.

6 Vgl. O. Stammer, ebd., S. 15; Dietrich Herzog, *Brauchen wir eine politische Klasse?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 50/1991, S. 3–13; Hans-Dieter Klingemann/Richard Stöss/Bernhard Wessels, *Politische Klasse und politische Institutionen*, in: dies. (Hrsg.), *Politische Klasse und politische Institutionen*, Opladen 1991, hier S. 24.

sonen, die in allen relevanten Gesellschaftssektoren Führungspositionen innehaben, von wo aus sie regelmäßig und maßgeblich an zentralen Entscheidungsprozessen mitwirken.⁷ Die daher auch als Positionseliten bezeichneten Führungskräfte besitzen entweder politische Macht, indem sie allgemein verbindliche Entscheidungen treffen. Dieses Recht steht in freiheitlichen Ordnungssystemen nur den über demokratische Wahlen legitimierten politischen Eliten zu. Oder sie üben Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse aus, indem sie mit Hilfe bestimmter Ressourcen wie ökonomisches Kapital, Informationen oder Organisationskraft gesellschaftliche Macht erzeugen.

Der friedliche und freie Wettbewerb unterschiedlicher Führungsgruppen – etwa aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Interessenorganisationen und Massenmedien – um Macht und Einfluss bildet somit die zentrale Annahme des pluralistischen Paradigmas der modernen, empirisch orientierten Elitenforschung.⁸ Vor allem politikwissenschaftliche Forschungsbeiträge über die Führungsschicht der Bundesrepublik basieren auf diesem theoretischen Zugang, der wesentlich von modernisierungstheoretischen Einsichten inspiriert wurde und auch den Ausgangspunkt des folgenden Beitrages bildet.⁹

Forschungsfragen

Die Perspektive des Elitenpluralismus lag sowohl den Mannheimer Elitestudien von 1968, 1972 und 1981 als auch der Potsdamer Elitestudie von 1995 als forschungsleitendes Programm zu Grunde.¹⁰ Zugleich orientierte sich das Erkenntnisinteresse dieser groß angelegten Befragungen der deutschen

7 Vgl. z.B. U. Hoffmann-Lange (Anm. 5), S. 19; Wilhelm Bürklin, Die Potsdamer Elitestudie von 1995: Problemstellungen und wissenschaftliches Programm, in: ders./H. Rebenstorf (Anm. 5), S. 16; M. Hartmann (Anm. 1), S. 25. Aktuelle Eliten werden danach mit Hilfe eines mehrstufigen Verfahrens über zuvor bestimmte, zentrale Führungspositionen in allen gesellschaftlichen Bereichen ermittelt. Ausführlicher zu dieser Identifizierungsmethode von Elitemitgliedern U. Hoffmann-Lange (Anm. 5), S. 86–90.

8 Vgl. dies., Das pluralistische Paradigma der Elitenforschung, in: S. Hradil/P. Imbusch (Anm. 1); dies., Eliten, in: Ludger Helms/Uwe Jun (Hrsg.), Politische Theorie und Regierungslehre, Frankfurt/M. – New York 2004 (i. E.).

9 Vgl. dies., Das pluralistische Paradigma, ebd., S. 111 ff.

10 Für einen Überblick über die Elitenforschung in Deutschland vgl. Ursula Hoffmann-Lange, Elite Research in Germany, in: *International Review of Sociology*, 11 (2001) 2, S. 201–216.

Positionseliten an drei zentralen Fragestellungen der klassischen und modernen Elitenforschung:

1. Welche Rekrutierungsmerkmale und Karrierewege kennzeichnen die Mitglieder der deutschen Führungsschicht?
2. Wie lassen sich die Kontakt- und Kommunikationsmuster zwischen den Eliten charakterisieren?
3. In welchem Ausmaß teilen die deutschen Eliten demokratische Einstellungen und Wertorientierungen?

Während sich hinter der ersten Frage insbesondere das demokratiethoretische Postulat eines allgemein offenen Zugangs zu Elitepositionen verbirgt, versprechen Erkenntnisse über das Kommunikationsverhalten und die Kontaktnetze der Führungskräfte zum einen Aufschluss über die Macht- und Einflusstruktur einer Gesellschaft. Zum anderen geben sie Hinweise auf das Kooperationspotenzial der Funktionseleiten, das als eine Voraussetzung für erfolgreiche Koordinations- und Aushandlungsprozesse auf Eliteebene betrachtet wird.¹¹ Antworten auf die dritte Frage sollen somit vor allem Schlussfolgerungen über das Ausmaß an einstellungszentrierter, horizontaler Elitenintegration erlauben. Gemeint ist damit das jeweilige Kooperationspotenzial der Positionseliten auf der Basis eines demokratischen Grundkonsenses und gemeinsam geteilter Werthaltungen. Zusätzliche Brisanz erhielten diese Erkenntnisperspektiven in der Potsdamer Elitestudie 1995. Mit der ersten umfassenden Untersuchung der nationalen Führungsschicht nach der deutschen Wiedervereinigung wurden auch Führungskräfte interviewt, die in der früheren DDR sozialisiert worden und zum Befragungszeitpunkt in Elitepositionen des vereinten Deutschlands aufgerückt waren.¹²

Darüber hinaus dürfte in repräsentativen Demokratien, die sich über die freiwillige Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger legitimieren, das Verhältnis von Führungsschicht und Bevölkerung von zusätzlichem Interesse sein. Dem wurde mit den Elitestudien von 1981 und 1995 Rechnung getragen, indem parallel zur jeweiligen Elitenbefragung eine repräsentative Bevölkerungsumfrage durchgeführt wurde, die einen Einstellungsvergleich

11 Vgl. Martina Sauer, Gesellschaftliche Steuerungschancen durch Elitenintegration?, Opladen 2000.

12 Vgl. Christian Welzel, Demokratischer Elitenwandel, Opladen 1997; Viktoria Kaina/Martina Sauer, Ostdeutsche Eliten und gesamtdeutsche Führungsschicht im gesellschaftlichen Integrationsprozess, in: Peter Hübner (Hrsg.), *Eliten im Sozialismus*, Köln u. a. 1999.

zwischen den interviewten Eliten und dem deutschen Bevölkerungsquerschnitt erlaubt.¹³

Im Folgenden sollen auf der Basis der Mannheimer und Potsdamer Elitestudien ausgewählte zentrale Befunde zu den Rekrutierungs- und Karrierewegen sowie dem Kommunikationsverhalten der deutschen Positionseliten präsentiert werden. Aufgrund eines je unterschiedlichen Studiendesigns ist allerdings kein systematischer Zeitvergleich möglich. Dennoch können einige Aussagen über Kontinuitäten und Veränderungen in der Zusammensetzung der deutschen Führungsschicht und ihrer Kommunikationsnetzwerke getroffen werden.

Zur Herkunft bundesdeutscher Eliten: Geschlossene Gesellschaft der sozial Privilegierten?

Erkenntnisse über die sozialen Merkmale von Führungskräften erlauben in erster Linie Antworten auf die Frage, wer sich hinter den Mitgliedern der deutschen Positionselite verbirgt. Demokratische Eliten sind vor allem dadurch gekennzeichnet, dass der Rekrutierungsprozess zu den Machtpositionen der Gesellschaft offen ist und Chancengleichheit beim Zugang zu Elitepositionen besteht, was von normativer Bedeutung für die Legitimität von Elitenhandeln ist. Insofern reichen Befunde über die soziale Struktur der deutschen Führungsschicht über rein deskriptive Feststellungen hinaus. Dies gilt umso mehr, wenn angenommen wird, dass sich die soziodemographische Homogenität der Eliten auch positiv auf die Effektivität der Elitenkommunikation auswirkt und damit ebenso die Voraussetzungen für die Kooperation der Elitemitglieder verbessert.¹⁴

Obwohl die Zugangschancen zu Elitepositionen in der Bundesrepublik formal gesichert sind, stellt die Forschung relativ übereinstimmend nach wie vor vorhandene faktische Ungleichheiten aufgrund unterschiedlicher sozialer Herkunft fest. Danach haben Kinder aus den oberen Sozialschichten der Bundesrepublik – aus dem gehobenen Bürger- und Großbürgertum oder der unteren und oberen

Dienstklasse – vergleichsweise bessere Chancen, eine Eliteposition zu erreichen als der Nachwuchs aus den breiten Mittelschichten.¹⁵

Allerdings gelten diese Startvorteile nicht in allen Elitesektoren gleichermaßen. Während eine statushöhere soziale Herkunft vor allem die Aufstiegschancen in die Führungsetagen der deutschen Wirtschaft beeinflusst und sich auch positiv auf eine Karriere in Verwaltung und Bundeswehr auswirkt, weisen andere Elitesektoren wie Wissenschaft, Justiz, vor allem aber Gewerkschaften und Politik eine größere Rekrutierungsoffenheit auf.¹⁶ Letzteres ist ein aus demokratietheoretischer Sicht bemerkenswertes Ergebnis, wenn politischen Eliten per Wahlentscheid das Recht allgemein verbindlicher Entscheidungsfindung zugewiesen wird, die jedem Herrschaftsverhältnis konstitutiv zu Grunde liegt. Dennoch wäre es naiv, den enormen Einfluss von Wirtschaft und Verwaltung in komplexen demokratischen Systemen zu unterschätzen. Und es sind gerade diese Bereiche, in denen Karrierewege noch immer von sozialen Herkunftsmerkmalen der Führungskräfte beeinflusst werden.

Während dieser Befund relativ unstrittig ist, besteht jedoch erheblicher Dissens in der Frage, ob herkunftsbedingte Vorteile von Kindern der oberen Sozialschichten im Zeitverlauf abgenommen und stattdessen so genannte meritokratische, das heißt leistungsbezogene Auswahlkriterien an Bedeutung gewonnen haben. So stellt Michael Hartmann in seinen Untersuchungen in direkter Auseinandersetzung mit den Befunden der Potsdamer Elitestudie von 1995 fest, dass die soziale Herkunft nach wie vor die beruflichen Karriereaussichten der heutigen Eliten direkt beeinflusst und vor allem bei Führungspositionen in der Wirtschaft statt Öffnungs- sogar weitere Schließungstendenzen zu beobachten sind.¹⁷ Ein klassenspezifischer Habitus der „besseren Kreise“ – so Hartmann – sei entscheidend dafür, dass Kinder aus dem gehobenen und dem Großbürgertum trotz gleicher Bildungsqualifikation schneller und erfolgreicher in der Wirtschaft Karriere machen als ihre Konkurrenten aus den breiten Mittelschichten.¹⁸

15 Vgl. ebd.; ders., Soziale Zusammensetzung von Elite und Bevölkerung – Verteilung von Aufstiegschancen in die Elite im Zeitvergleich, in: ebd., S. 76 ff.; U. Hoffmann-Lange (Anm. 5), S. 118 ff.; M. Hartmann (Anm. 1). *Anmerkung der Redaktion:* Siehe auch den Beitrag von Michael Hartmann in dieser Ausgabe.

16 Vgl. K.-U. Schnapp (Anm. 15), S. 76 ff.; M. Hartmann (Anm. 1).

17 Vgl. M. Hartmann (Anm. 1), S. 77, 80.

18 Vgl. ebd., S. 70, 131, 151.

Tabelle 1: Soziodemographische Merkmale der deutschen Positionseliten im Zeitvergleich¹

	1968	1972	1981	West	1995 Ost	Gesamt
Durchschnittsalter	54	52	53	54	47	52
Anteil weiblicher Führungskräfte	2	2	3	10	30	13
Hochschulabschluss	58	70	69	77	80	78
– Promotion ²	–	47	49	49	35	47
– Habilitation ²	–	4	8	7	13	8
Religion – Gesamt	85	88	82	76	47	72
davon:						
– protestantisch	57	56	52	46	36	45
– römisch-katholisch	27	30	30	29	11	26
keine Religion	15	12	18	24	53	28
Gesamt-Befragtenzahl (N)	808	1825	1744	2069	272	2341

¹ Alter als Mittelwert, sonst alle Angaben in Prozent. Prozentuierungsbasis: gültige Antworten.

² 1995: Prozentuiert auf alle Befragten, die auf die Frage nach einem Hochschulabschluss mit ja geantwortet haben.

Quelle: Mannheimer Elitestudien 1968, 1972, 1981 und Potsdamer Elitestudie 1995.

Dem widersprechen die Ergebnisse der Potsdamer Elitestudie. Zwar wird auch hier konstatiert, dass höhere soziale Statusgruppen in der deutschen Positionselite von 1995 mit Ausnahme der Gewerkschaften überproportional vertreten sind.¹⁹ Allerdings hätten sich im Vergleich zur Mannheimer Elitestudie von 1981 die Aufstiegschancen für Kinder aus der Nichtdienstklasse verbessert, sei die Rekrutierungsbasis für Elitepositionen in Deutschland insgesamt breiter und offener geworden.²⁰ Dies sei insbesondere darauf zurückzuführen, dass ein hoher formaler Bildungsabschluss die herkunftsbedingten Startnachteile von Kindern aus statusniederen Sozialgruppen teilweise kompensieren könne.²¹

Diese widersprüchlichen Befunde, die wenigstens teilweise auch auf unterschiedliche Methoden der Datenerhebung zurückzuführen sind, dürften weitere Forschungsbemühungen anregen. Dies gilt umso mehr, als zwar nach Befunden der Potsdamer Elitestudie neben der sozialen Herkunft ein Hochschulabschluss den Elitenaufstieg begünstigt.²² Problematisch – und inzwischen auch von den Ergebnissen der Pisa-Studie bestätigt – sind

jedoch schon weit vor dem Karrierebeginn ansetzende Selektionsprozesse, wonach in Deutschland die Bildungschancen einer Person stark von ihrer sozialen Herkunft beeinflusst werden und eingeschränkte Chancengleichheit kein Spezifikum der Elitenrekrutierung ist.²³ Damit sind höhere Sozialschichten doppelt privilegiert, wenn es um den Zugang zu Elitepositionen geht: zum einen durch einen eigenständigen sozialen Herkunftseffekt auf ihre Aufstiegschancen, zum anderen aufgrund sozialer Schließungstendenzen im Bildungssystem, so dass Personen aus niederen Sozialschichten gar nicht erst die berufliche Ausgangsposition für einen späteren Sprung in die Führungsschicht erreichen.²⁴

Sieht man einmal von der statusorientierten sozialen Herkunft der Elitemitglieder ab, lassen sich anhand der Zahlen in *Tabelle 1* weitere interessante soziodemographische Details berichten. Dazu gehört zum Ersten, dass sich das Durchschnittsalter der Elitemitglieder seit Ende der sechziger Jahre kaum verändert hat und im Schnitt bei 53 Jahren liegt.²⁵ Allerdings variiert der Altersdurchschnitt erheblich in den unterschiedlichen

19 Vgl. K.-U. Schnapp (Anm. 15), S. 80, 90 ff.

20 Vgl. ebd., S. 76 f., 98; Hilke Rebenstorf, Integration und Segmentation der Führungsschicht – Stratifikationstheoretische Determinanten, in: W. Bürklin/dies. (Anm. 5), S. 144.

21 Vgl. K.-U. Schnapp (Anm. 15), S. 98.

22 Vgl. ebd., S. 88, 92.

23 Vgl. ebd., S. 87.

24 Vgl. ebd., S. 94.

25 Vgl. auch Ursula Hoffmann-Lange/Wilhelm Bürklin, Generationswandel in der (west)deutschen Elite, in: Wolfgang Glatzer/Ilona Ostner (Hrsg.), Deutschland im Wandel, Opladen 1999.

Tabelle 2: Verteilung ost- und westdeutscher Positionseliten auf Elitesektoren – Potsdamer Elitestudie 1995

Sektor	Gesamt (n)	Ost- deutsche (n)	Ostquote im Sektor in %	Verteilung Ost auf Sektoren in %	West- deutsche (n)	Westquote im Sektor in %	Verteilung West auf Sektoren in %
Politik	499	160	32,1	58,8	339	67,9	16,4
Verwaltung	474	12	2,5	4,4	462	97,4	22,3
Wirtschaft	249	1	0,4	0,4	248	99,6	12
Wirtschaftsverbände	173	14	8,1	5,2	159	91,9	7,7
Gewerkschaften	97	12	12,4	4,4	85	87,6	4,1
Massenmedien	281	33	11,8	12,1	248	88,2	12
Kultur	101	13	12,9	4,8	88	87,1	4,3
Wissenschaft	164	12	7,3	4,4	152	92,7	7,3
Militär	135	0	0	0	135	100	6,5
Sonstige ¹	168	15	8,9	5,5	153	91,1	7,4
davon: Justiz	42	0	0	0	42	100	2
Gesamt	2341	272	11,6	100	2069	88,4	100

¹ Zusammensetzung des Sektors „Sonstige“: Führungskräfte u. a. aus den Bereichen Justiz, Kirchen, Berufsverbände, zentrale Organisationen der Neuen Sozialen Bewegungen.

Quelle: J. Machatzke (Anm. 27), S. 67.

Führungsgruppen. Nach den Daten aller vier Elitestudien sind Politik und Massenmedien die Elitesektoren mit dem jeweils geringsten Durchschnittsalter, Verwaltung, Wirtschaft und Wirtschaftsverbände diejenigen mit dem höchsten.

Darüber hinaus ist die Führungsschicht der Republik trotz Frauenbewegung und Chancengleichheitsgebot im Grundgesetz noch immer eine Männerdomäne. Zwar sind in der Gruppe der westdeutschen Eliten Mitte der neunziger Jahre immerhin fünf Mal so viele Frauen in Elitepositionen gelangt wie 27 Jahre zuvor. Doch noch immer sind Frauen extrem unterrepräsentiert und jene Zuwächse auf die jeweiligen Sektoren stark ungleich verteilt. Während weibliche Führungskräfte inzwischen überproportional häufig in der Politik zu finden sind (36 Prozent), weniger oft aber in der Verwaltung (12 Prozent), den Gewerkschaften (9 Prozent) und Massenmedien (8 Prozent) sowie im Kulturbereich (10 Prozent), bilden sie in Wirtschaft (1 Prozent) und Wirtschaftsverbänden (2 Prozent), in Wissenschaft (3 Prozent) und Militär (1 Prozent) noch immer absolute Ausnahmen. Insgesamt hat sich in Deutschland, abgesehen von der Politik, bezüglich der geringen Aufstiegschancen für Frauen in die deut-

sche Positionselite seit nahezu 30 Jahren wenig bewegt.

Überwiegend Kontinuität zeigt sich auch bei der formalen Bildungsqualifikation der Positionseliten, wonach jeweils eine deutliche Mehrheit von ihnen über einen Hochschulabschluss verfügt, wobei es zwischen 1981 und 1995 noch einmal einen deutlichen Zuwachs gegeben hat. Dabei lässt sich jedoch zu keinem Zeitpunkt die Existenz milieubildender, fachspezifischer Eliteuniversitäten oder ein spezifischer Fächerkanon in den Werdegängen der deutschen Eliten nachweisen.²⁶ Stetig zurückgegangen ist außerdem die konfessionelle Bindung der deutschen Führungskräfte, wenngleich noch immer drei Viertel von ihnen angeben, einer Religions- oder Glaubensgemeinschaft anzugehören.

Letzteres ist der stärkste Kontrast zu den Eliten ostdeutscher Herkunft, von denen 1995 knapp 59 Prozent im Sektor Politik und 12 Prozent in den Massenmedien vertreten waren (vgl. *Tabelle 2*).²⁷ Gemessen am ostdeutschen Bevölkerungsanteil sind Ostdeutsche mit einem Anteil von knapp 12

²⁶ Vgl. K.-U. Schnapp (Anm. 15), S. 113.

²⁷ Vgl. Jörg Machatzke, Die Potsdamer Elitestudie – Positionsauswahl und Ausschöpfung, in: W. Bürklin/H. Rebenstorff (Anm. 5), S. 67.

Prozent in der Führungsschicht des vereinten Deutschlands freilich unterrepräsentiert. Die Mehrheit von ihnen gibt an, keiner Religion anzugehören. Darüber hinaus sind die aus Ostdeutschland stammenden Führungskräfte im Durchschnitt sieben Jahre jünger als ihre westdeutschen Kollegen, und drei Mal so oft handelt es sich um Frauen. Damit hat die deutsche Vereinigung, ohne die in der soziodemographischen Zusammensetzung der deutschen Führungsschicht auch nach beinahe drei Jahrzehnten fast alles beim Alten geblieben wäre, deutliche Spuren hinterlassen.

Karrierewege: lang, mühsam und abgeschottet

Ähnlich einschneidend wirkte sich die deutsche Einheit auf den Karriereverlauf ostdeutscher Führungskräfte aus. Im Vergleich zu den Elitemitgliedern westdeutscher Herkunft erreichten Ostdeutsche ihre Eliteposition nicht nur schneller, sondern waren zu diesem Zeitpunkt auch deutlich jünger, wenngleich sie 1995 in einigen Sektoren gar nicht (Justiz, Militär), in anderen kaum vertreten waren (Wirtschaft und Wirtschaftsverbände, Verwaltung und Wissenschaft) (vgl. *Tabelle 2*).²⁸

Westdeutsche Führungskräfte waren in der Befragung von 1995 im Schnitt 49 Jahre alt, als sie in eine Eliteposition aufrückten, zwei Jahre älter als noch 1981.²⁹ Im Vergleich dazu waren ostdeutsche Eliten durchschnittlich 44 Jahre alt und rund neun Jahre in ihrer jeweiligen Organisation tätig (Westdeutsche: 19 Jahre), bevor sie Mitglied der Führungsschicht wurden. Insgesamt gehörten fast drei Viertel der Westdeutschen ihrer Organisation bereits mehr als zehn Jahre (Ostdeutsche: 24 Prozent) und 48 Prozent mehr als 20 Jahre an, bevor sie eine Eliteposition einnahmen (Ostdeutsche: 16 Prozent). Darüber hinaus waren 70 Prozent der westdeutschen Eliten bereits länger als 15 Jahre in ihrem Sektor tätig (Ostdeutsche: 25 Prozent), 43 Prozent sogar länger als 25 Jahre, bevor sie in eine Eliteposition aufsteigen konnten. Im Vergleich dazu gehörten 1995 deutlich mehr als die Hälfte der ostdeutschen Führungskräfte (56 Prozent) erst seit maximal fünf Jahren zur deutschen Führungsschicht. Überdurchschnittlich lang sind die Karrierewege westdeutscher Führungskräfte vor allem in

den Bereichen Militär, wo 91 Prozent der Eliten über eine mehr als 25-jährige Sektorerfahrung verfügten, sowie in der Wirtschaft (59 Prozent) und Wissenschaft (54 Prozent). Allerdings hat die deutsche Einheit offenbar auch für Westdeutsche einen Karriereschub ausgelöst. Denn 72 Prozent der 1995 befragten Eliten westdeutscher Herkunft besetzten ihre Eliteposition erst seit maximal fünf Jahren, Ostdeutsche gar zu 96 Prozent.

Davon abgesehen eint westdeutsche Führungskräfte jedoch die gemeinsame Erfahrung eines langsamen Aufstiegs, der aufgrund einer langwierigen sektor- und betriebspezifischen Sozialisation und fortwährender Bewährungspflichten nicht nur eine ausgeprägte Spezialisierung innerhalb der Führungsschicht fördert;³⁰ daran hat sich auch in den vergangenen 15 Jahren nicht viel geändert. Die relativ abgeschotteten Karrierewege der deutschen Eliten und die hohe Rekrutierungsautonomie der jeweiligen Elitesektoren fördern auch spezifische Sektorloyalitäten. Diese Konsequenzen der typischen Karrieremuster deutscher Führungskräfte erhöhen die Gefahr von Kommunikationsbarrieren zwischen den Führungsgruppen und könnten auf Dauer ihre Kooperationsfähigkeit untergraben, wenn Sektorloyalität und Spezialisierung die Sensibilität gegenüber den Bedürfnissen anderer gesellschaftlicher Bereiche verkümmern lassen.³¹

Elitenkommunikation: Interessenorganisationen verlieren an Einfluss

Eine Annahme der Elitenforschung geht davon aus, dass eine möglichst große soziodemographische Homogenität der Mitglieder einer Führungsschicht sowie eine ähnliche Berufssozialisation die Voraussetzungen für die horizontale Integration der Eliten unter den Bedingungen einer wachsenden, auf Arbeitsteilung basierenden Komplexität moderner Gesellschaften verbessern.³² Die empirischen Elitestudien von 1981 und 1995 konnten jedoch nachweisen, dass zum einen die Karrieremuster bundesdeutscher Positionseliten und zum anderen eine nur geringe soziale Homogenität innerhalb der Führungsschicht eher dysfunktionale

30 Vgl. H. Rebenstorf (Anm. 20), S. 186, 195.

31 Vgl. ebd., S. 195.

32 Vgl. z. B. Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965.

28 Vgl. ebd.

29 Vgl. U. Hoffmann-Lange (Anm. 5), S. 145.

Wirkungen auf die Kooperationsfähigkeit der Eliten haben bzw. haben können.

Die institutionellen Strukturen der Bundesrepublik sind aber vergleichsweise umfassend auf konsens- und kooperationsorientiertes Verhalten der beteiligten Akteure angelegt, die sich in einem breiten Netz von Verhandlungssystemen gegenüberstehen. Dabei übernehmen Eliten sowohl interne, das heißt auf den jeweiligen Sektor und die eigene Organisation gerichtete Leitungs-, Entscheidungs- und Integrationsaufgaben als auch die Außenvertretung von Eigeninteressen gegenüber den Eliten anderer gesellschaftlicher Bereiche.³³ Die Effektivität derartiger Arenen der Entscheidungsfindung stützt sich daher auf komplizierte Koordinations- und Interaktionsprozesse zwischen den Mitgliedern der Führungsschicht und ist eher mehr als weniger auf die Kooperationsbereitschaft zwischen den Führungsgruppen angewiesen. Es wurde bereits auf die Annahme hingewiesen, dass ausgebaute und funktionsfähige Kommunikationsnetzwerke zwischen den gesellschaftlichen Eliten dafür eine wichtige Voraussetzung bilden.³⁴

Ungeachtet ihrer geringen sozialen Kohäsion konnte für die bundesdeutsche Führungsschicht sowohl 1981 als auch 1995 ein dichtes Kommunikationsnetzwerk nachgewiesen werden, in dem Politikeliten die zentrale Position einnehmen.³⁵ Eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für die Funktionsfähigkeit von Verhandlungssystemen wird in Deutschland damit als erfüllt angesehen.³⁶

Darüber hinaus zeigen die Daten der Potsdamer Elitestudie, dass Wirtschaft und Medien neben der Politik zusätzliche Säulen im Kommunikationszentrum bilden. Außerdem konnte festgestellt werden, dass politische Eliten auf Bundes- und Landesebene 1995 intensiver vernetzt waren als noch 14 Jahre zuvor. Allerdings haben in der zunehmenden Verflechtung von Bundes- und Landesebene die politischen Parteien zugunsten von Parlamentsfraktionen und Exekutive(n) an Bedeutung verloren.³⁷ Eine im Vergleich zu 1981 geringere Rolle im Kommunikationsnetzwerk spielen auch Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände.³⁸ Führungskräfte aus der Wirtschaft suchten hingegen stärker direkten, außerhalb von Verbandsmitglied-

schaften initiierten Kontakt zur Ministerialbürokratie und zum Bundeskanzleramt.³⁹

Die abnehmende Einbindung intermediärer Organisationen in Kommunikationsprozesse auf Eliteebene entspricht anscheinend einem generellen gesellschaftlichen Trend. Danach wird gesellschaftliche Interessenvertretung durch Lobbyismus außerhalb traditioneller Verbandsstrukturen, die Professionalisierung des Lobbying und die Gründung von Nichtregierungsorganisationen (NGO) zunehmend spezialisiert, individualisiert und pluralisiert.⁴⁰ Diese Entwicklung hält nicht nur zusätzliche Anforderungen an das Kooperationspotenzial der Führungsschicht bereit. Sie eröffnet auch neue Chancen für Nicht-Eliten, ihre direkten Einflussmöglichkeiten auf die politische Entscheidungsfindung zu erhöhen. Eine gehörige Portion Skepsis scheint hier dennoch angebracht.

Diese Skepsis beruht zum einen auf den nach wie vor aktuellen Befunden der politischen Partizipationsforschung, wonach politische Partizipationsbereitschaft eng an die sozioökonomische Ressourcenausstattung von Individuen geknüpft ist.⁴¹ Die Chancen politischer Einflussnahme sind daher zum einen auf Eliteebene in Abhängigkeit von gesellschaftlichen Machtressourcen, die über Organisations- und Konfliktfähigkeit gesellschaftlicher Interessen maßgeblich entscheiden, ungleich verteilt.⁴² Zum anderen stützt sich jene Skepsis auf eine weitere Beobachtung bei der Analyse der Kommunikationsstrukturen im Rahmen der Potsdamer Elitestudie: Vom Bedeutungsverlust der traditionellen intermediären Großorganisationen, der Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, aber auch der politischen Parteien, haben weniger Organisationseliten der neuen sozialen Bewegungen profitiert. Vielmehr wird immer häufiger und direkter Kontakt zu Bürokratieeliten gesucht, so dass sich die Arena der Konsensfindung offenbar immer mehr von Parteiorganisationen und Verbänden weg in den administrativen Bereich der Gesetzesvorbereitung verlagert.⁴³ Mit dieser Entwicklung könnte jedoch der Einfluss partikularer Interessen auf die politische Entscheidungsfindung

39 Vgl. ebd., S. 205.

40 Vgl. Thomas von Winter, Vom Korporatismus zum Lobbyismus. Forschungsstand und politische Realität, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 16 (2003) 3, S. 37–44.

41 Vgl. Samuel H. Barnes/Max Kaase u. a., *Political Action*, Beverly Hills–London 1979; Sidney Verba/Kay Lehman Schlozman/Henry E. Brady, *Voice and Equality*, Cambridge 1995.

42 Vgl. Ulrich von Alemann, *Organisierte Interessen in der Bundesrepublik*, Opladen 1989², S. 45.

43 Vgl. M. Sauer (Anm. 11), S. 287.

33 Vgl. M. Sauer (Anm. 11), S. 44.

34 Vgl. ebd.

35 Vgl. ebd., S. 125; U. Hoffmann-Lange (Anm. 5), S. 403.

36 Vgl. M. Sauer (Anm. 11), S. 160.

37 Vgl. ebd., S. 201, 209.

38 Vgl. ebd., S. 147, 200, 209.

weiter wachsen. Das ist demokratiethoretisch auch deshalb problematisch, weil die administrativen Zentren der Entscheidungsvorbereitung, die keiner direkten Kontrolle durch die Bürgerinnen und Bürger unterliegen und somit auch funktional nicht auf gesellschaftliche Interessenvermittlung festgelegt sind, vor allem an Effizienzkriterien und Eigenrationalitäten orientiert sind.

Vor dem Hintergrund dieser Befunde lässt sich fragen, wie sich der Wandel im Bereich der Interessenvermittlung auf das Verhältnis von Führungsschicht und Bevölkerung auswirkt. Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung, die 1995 im Rahmen der Potsdamer Elitestudie durchgeführt wurde, deuten jedenfalls auf spezifische Benachteiligungsgefühle in der Struktur der Interessenvertretung im verein-

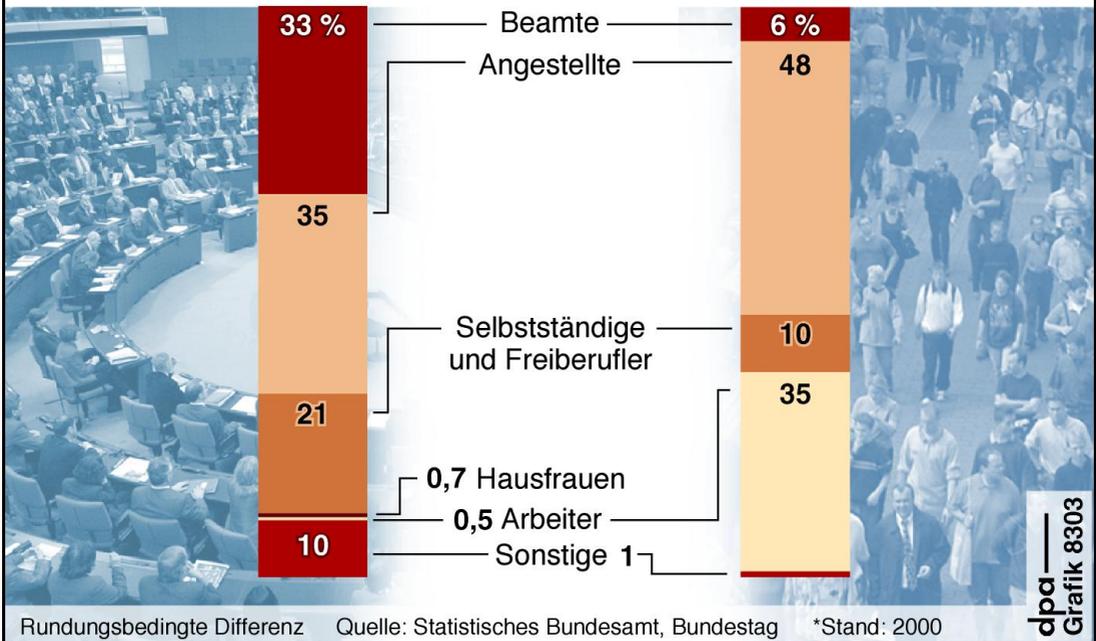
ten Deutschland hin.⁴⁴ Ungefähr jeder Zweite in Ost- und etwa jeder Dritte in Westdeutschland ist der Meinung, dass Banken und Großunternehmen zu viel politischen Einfluss besitzen, während gleichzeitig ein zu geringer politischer Einfluss für die Wählerinnen und Wähler sowie für Bürgerinitiativen und neue soziale Bewegungen beklagt wird. Solchen Repräsentationslücken sollte auch künftig besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden, weil sie sich auf Dauer zu Legitimitätsdefiziten verdichten können und politischer Unzufriedenheit Nahrung geben.

⁴⁴ Vgl. Viktoria Kaina, Machtpotenziale im vereinten Deutschland – Prinzip der Volkssouveränität in Gefahr?, Potsdamer Analysen – Politik in Theorie und Empirie, Universität Potsdam 2001.

Die Berufe der Bundestagsabgeordneten

Von den 603 Abgeordneten des Bundestages sind:

Von den 36,6 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland arbeiten als*:



Die Berufe der Bundestagsabgeordneten 30. 7. 2003

Die Verteilung der Berufsgruppen unter den 603 Bundestagsabgeordneten unterscheidet sich stark von der innerhalb der Bevölkerung. So gibt es im Bundestag nur drei Arbeiter, die im Alltag 35 Prozent der Erwerbstätigen stellen. Beamte sind dagegen überproportional vertreten.

Eliten in Deutschland

Rekrutierungswege und Karrierepfade

Einleitung

Die deutschen Eliten sind männlich. Diese Feststellung trifft im Wesentlichen auch heute noch zu. Zwar hat sich der Anteil der Frauen in Elitepositionen im Verlauf der vergangenen zwei Jahrzehnte deutlich erhöht, allein zwischen 1981 und 1995 von drei auf dreizehn Prozent.¹ Von einer auch nur halbwegs proportionalen Vertretung der Geschlechter kann aber keine Rede sein. Außerdem beschränkt sich der Zuwachs fast ausschließlich auf die Politik und von ihr stark beeinflusste Sektoren. Dort haben gezielte Quotenregelungen Wirkung gezeigt. In den Topetagen der Wirtschaft sucht man Frauen dagegen nach wie vor vergeblich. Generalisierend lässt sich festhalten: Die geschlechtsspezifische Diskriminierung geht in der Regel mit einer sozialen Diskriminierung Hand in Hand. Dort, wo die Aufstiegschancen für Personen aus der Arbeiterklasse oder den breiten Mittelschichten überdurchschnittlich gut sind, sind sie es zumeist auch für die Frauen – und umgekehrt.

Über die soziale Rekrutierung der deutschen Eliten hat Ralf Dahrendorf vor über vier Jahrzehnten eine Aussage getroffen, die im Kern bis heute gültig ist und von den empirischen Elitestudien immer wieder bestätigt wird. Für Dahrendorf war „das eindeutigste Merkmal deutscher Eliten . . . , dass diese sich zum größeren Teil selbst aus einer schmalen Oberschicht und zum geringeren Teil aus den Kadern der nichtakademischen Beamtenschaft rekrutieren, während der Sohn eines Industriearbeiters, aber auch des selbständigen Handwerkers und kleinen Geschäftsmannes wenig Aussicht hat, bis an die Spitze der deutschen Gesellschaft vorzudringen“². Unter professionellen Beobachterinnen und Beobachtern ist unumstritten, dass die deut-

schen Eliten ganz überproportional aus den Reihen des Bürgertums³ stammen. Weitgehend einig ist man sich auch in der Einschätzung, dass – wenn man einmal von den Gewerkschaften absieht – die politische Elite sozial am durchlässigsten und die Wirtschaftselite am geschlossensten ist. Über den Umfang der sozialen Öffnung bzw. Schließung gibt es allerdings in der wissenschaftlichen Forschung größere Differenzen. In den Elitestudien aus Mannheim und Potsdam wird nicht nur generell ein höheres Maß an sozialer Durchlässigkeit festgestellt als in den Arbeiten von Ralf Dahrendorf, Wolfgang Zapf oder des Verfassers. Es wird im Unterschied zu diesen auch eine im Zeitverlauf deutlich voranschreitende Öffnung der Elitepositionen konstatiert.⁴

Was die Gründe für die disproportionale Vertretung der einzelnen Schichten und Klassen der Gesellschaft in den Eliten betrifft, ist die Übereinstimmung aber wieder groß. Fast alle Eliteforscher sehen die entscheidende Ursache in einer je nach Herkunft sehr unterschiedlichen Bildungsbeteiligung. Auch in diesem Punkt hat Dahrendorf schon Anfang der sechziger Jahre eine Feststellung getroffen, die von den meisten Beobachtern bis heute geteilt wird: Für die soziale Zusammensetzung der Eliten ist das „Bildungsprivileg“ der Oberschicht und der oberen Mittelschicht ausschlaggebend. Dahrendorf verlangt folgerichtig

3 Zum Bürgertum bzw. der Service Class I, wie die heute in der Sozialforschung gebräuchlichste Kategorie heißt, zählen größere Unternehmer und Grundbesitzer, akademische Freiberufler, leitende Angestellte sowie höhere Beamte und Offiziere. In der Vätergeneration der heutigen Eliten stellten diese Berufsgruppen ca. 3,5 Prozent der männlichen Erwerbstätigen. Vgl. Michael Hartmann, *Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft*, Frankfurt/M.–New York 2002, S. 37 ff.

4 Vgl. Wolfgang Zapf, *Führungsgruppen in West- und Ostdeutschland*, in: ders. (Hrsg.), *Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht*, München 1965, S. 16 ff.; Ursula Hoffmann-Lange/Helga Neumann/Bärbel Steinkämper, *Konsens und Konflikt zwischen Führungsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/M. 1980, S. 22 ff.; Ursula Hoffmann-Lange, *Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik*, Opladen 1992, S. 122 ff.; Kai-Uwe Schnapp (Anm. 1), S. 76 ff., 97 f.; Michael Hartmann (Anm. 3), S. 64, 69, 82, 98, 103, 109, 145 ff., 175 f.

1 Vgl. Kai-Uwe Schnapp, *Soziale Zusammensetzung von Elite und Bevölkerung – Verteilung der Aufstiegschancen in die Elite im Zeitvergleich*, in: Wilhelm Bürklin/Hilke Rebenstorff u. a. (Hrsg.), *Eliten in Deutschland*, Opladen 1997, S. 95.

2 Ralf Dahrendorf, *Eine neue deutsche Oberschicht. Notizen über die Eliten der Bundesrepublik*, in: *Die neue Gesellschaft*, 9 (1962), S. 21.

einen „Abbau der Sozialschichtung der Bildungschancen“ als entscheidende Voraussetzung für eine soziale Öffnung der deutschen Eliten.⁵ Ähnlich argumentiert Ursula Hoffmann-Lange. Die soziale Herkunft bestimme nur indirekt, über die mit ihr verbundene Determinierung der Bildungschancen, den Aufstieg in die Eliten, habe aber „keinen eigenständigen Einfluss“ darauf.⁶

Diese für den Mainstream in der Eliteforschung typische Einstellung hat erhebliche Konsequenzen. Mit diesem Argumentationsmuster lässt sich die Position, dass die Elitenauswahl durch Leistungsauslese erfolge, auch selbst dann relativ problemlos aufrechterhalten, wenn die Realität eine ausgesprochen selektive Sozialrekrutierung der Eliten zeigt. Hans P. Dreitzel macht das in seinen Ausführungen sehr deutlich: Die soziale Offenheit einer Gesellschaft und ihrer Eliten müsse nur „prinzipiell“ gegeben sein, um von funktionalen Leistungseliten sprechen zu können. „Prinzipiell“ heißt in diesem Zusammenhang, dass der „Aufstieg in die Spitzenpositionen jedem möglich sein [müsse], der die geforderte Leistungsqualifikation erwerben kann“⁷. Erwerben kann sie nach Dreitzels Ansicht jedermann, denn nicht die Möglichkeit, sondern nur der Wille, bestimmte Bildungs- und Berufsziele zu erreichen, sei sozial unterschiedlich stark ausgeprägt. Entscheidend seien die „schichtspezifischen Schulziele“. Dahrendorf argumentiert genauso. Auch er sieht die Ursachen der „Sozialschichtung der Bildungschancen“ und damit der „höchst unrepräsentativen Herkunftsschichtung der deutschen Führungsgruppen“ vor allem in der „sozialen Distanz der Arbeiter von den Bildungsinstitutionen“ und weniger „im finanziellen Bereich“. Er formuliert es sogar noch deutlicher als Dreitzel: „Mit nur geringer Übertreibung kann man sagen, dass sich in der Bundesrepublik jede Arbeiterfamilie das Universitätsstudium mindestens eines Kindes leisten kann.“⁸

Bildungswege und Elitenrekrutierung

Unabhängig davon, ob man diese Einschätzung Dahrendorfs nun teilt oder nicht, ein prinzipieller Zusammenhang zwischen der sozialen Selektivität des deutschen Bildungssystems und der sozialen Rekrutierung der deutschen Eliten ist nicht von

5 Vgl. R. Dahrendorf (Anm. 2), S. 23.

6 U. Hofmann-Lange (Anm. 4), S. 129 ff.

7 Vgl. Hans P. Dreitzel, *Elitebegriff und Sozialstruktur. Eine soziologische Begriffsanalyse*, Stuttgart 1962, S. 111.

8 R. Dahrendorf (Anm. 2), S. 22.

der Hand zu weisen. Auf der einen Seite ist schon auf den ersten Blick zu erkennen, dass ein Hochschulabschluss eine fast unabdingbare Voraussetzung für die Besetzung einer Spitzenposition darstellt. Drei von vier Elitemitgliedern haben ein Studium absolviert, und immerhin einer von vieren hat promoviert. In den meisten Bereichen liegen die Prozentsätze sogar noch deutlich höher, erreichen in Wirtschaft, Verwaltung oder Justiz Quoten von 80 bis 100 Prozent für Hochschulabsolventen und 40 bis 50 Prozent für Promovierte.⁹ Auf der anderen Seite konnte in den Generationen, denen die Eliten fast vollständig angehören,¹⁰ nur eine (mehr oder minder) kleine Minderheit studieren. Zwar verdreifachte sich durch die Bildungsexpansion der Anteil der Studierenden an den entsprechenden Geburtsjahrgängen von ca. vier Prozent in den fünfziger Jahren auf über zwölf Prozent Ende der siebziger Jahre. Ein Hochschulabschluss blieb aber weiterhin einer eindeutigen Minderheit vorbehalten. Diese entstammte zudem zu einem weit überproportionalen Prozentsatz dem Bürgertum. Die Bildungsreformen der sechziger und siebziger Jahre haben zwar unzweifelhaft zu einer sozialen Öffnung der Hochschulen geführt, aber die Disproportionalitäten in der sozialen Zusammensetzung der Studierenden konnten dadurch nur teilweise abgebaut werden.¹¹

Verantwortlich für das soziale Ungleichgewicht ist eine Vielzahl von Auslesemechanismen innerhalb des deutschen Bildungssystems, das sich im internationalen Vergleich – wie die Schülerleistungsstudie PISA deutlich gezeigt hat – durch eine besonders ausgeprägte soziale Selektion auszeichnet. Die Dreigliedrigkeit des Schulwesens spielt in dieser Hinsicht eine entscheidende Rolle. Beim Übergang zur weiterführenden Schule machen sich nämlich nicht nur die milieubedingt besseren Leistungen der Kinder aus den höheren Schichten und Klassen bemerkbar, sondern auch die je nach

9 Vgl. Hilke Rebenstorf, *Karrieren und Integration – Werdegänge und Common Language*, in: W. Bürklin/H. Rebenstorf u. a. (Anm. 1), S. 165, 187.

10 Sie sind durchweg vor 1960 geboren, ein großer Teil sogar vor 1950.

11 Vgl. dazu M. Hartmann (Anm. 3), S. 44 ff. Im Übrigen zeigen die Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks seit Beginn der achtziger Jahre wieder eine zunehmende soziale Schließung. Die Studierenden mit „hoher sozialer Herkunft“ haben ihren Anteil zwischen 1982 und 2000 von 17 Prozent auf 33 Prozent fast verdoppeln können. Die Entwicklung dürfte in ihren Ausmaßen allerdings überzeichnet sein, weil die Kategorie hohe soziale Herkunft des Studentenwerks viele Berufe mit Hochschulausbildung, aber ohne wirklich leitende Funktionen (wie z. B. wissenschaftliche Mitarbeiter oder Lehrer) umfasst und damit einen ungefähr dreimal so hohen Prozentsatz der Erwerbstätigen ausmacht wie die Kategorie des Bürgertums.

sozialer Herkunft stark differierenden Beurteilungen der Lehrkräfte. Nach einer Erhebung unter allen Hamburger Fünftklässlern benötigt zum Beispiel ein Kind, dessen Vater das Abitur gemacht hat, ein Drittel weniger Punkte für eine Gymnasialempfehlung als ein Kind mit einem Vater ohne Schulabschluss.¹² Bei Versetzungsentscheidungen sind dieselben Mechanismen zu beobachten.

Wer es aus den so genannten „bildungsfernen Schichten“ trotz all dieser Hürden bis an die Hochschulen geschafft hat, wird auch dort mit den höchst wirkungsvollen „inoffiziellen“ Lehrplänen und den von den „bildungsnahen Schichten“ bestimmten Verhaltensmustern konfrontiert. Die Betroffenen müssen zudem größere materielle Probleme bewältigen, d. h. zu einem ungefähr doppelt so hohen Prozentsatz einer laufenden Beschäftigung nachgehen, um ein Studium finanzieren zu können. Das schlägt sich in ihrem ebenfalls doppelt so hohen Anteil unter den Langzeitstudierenden nieder.¹³ Insgesamt gesehen sind die Aussichten auf die Aufnahme eines Studiums sowie einen erfolgreichen und zügigen Hochschulabschluss für den Nachwuchs aus Arbeiterfamilien oder den Haushalten kleiner Selbständiger oder normaler Angestellter und Beamter wesentlich schlechter als für Bürgerkinder oder für die Sprösslinge aus Akademikerfamilien. Das zeigt sich am deutlichsten bei jenen, die es bis zum höchsten Abschluss schaffen: bis zur Promotion. Von ihnen kamen traditionell über die Hälfte aus dem Bürgertum. In den die Elitepositionen klar dominierenden Fächern Ingenieurwissenschaften, Jura und Wirtschaftswissenschaften waren es ca. 60 Prozent. Durch die Bildungsexpansion hat sich dieser Prozentsatz zwar um ein Fünftel verringert, die sozialen Unterschiede bleiben aber nach wie vor sehr groß.¹⁴

Der Zugang zu Elitepositionen in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft

Sollte die von den meisten Eliteforschern geteilte Annahme richtig sein, dass sich die Eliteauslese

12 Vgl. Rainer Lehmann/Rainer Peek, Aspekte der Lernausgangslage von Schülerinnen und Schülern der fünften Klassen an Hamburger Schulen (Hamburg: Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung. Amt für Schule), Hamburg 1997, S. 89.

13 Vgl. Klaus Schnitzer/Wolfgang Isserstedt/Elke Midden-dorf, Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2000 (16. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks), Bonn 2001, S. 114, 294.

14 Vgl. M. Hartmann (Anm. 3), S. 56 ff.

nach Leistungskriterien vollzieht, dann müssten die Chancen auf eine Spitzenposition zumindest für alle diejenigen gleich gut sein, die in derselben Zeit an derselben Universität im selben Fach promoviert haben. Kinder aus Arbeiter- oder Angestelltenfamilien sollten mit der Promotion zumindest das gleiche Maß an Fähigkeiten und Bemühungen nachgewiesen haben wie ihre Kommilitonen aus dem Bürgertum.¹⁵ Es spricht sogar viel dafür, dass sie ein größeres Quantum an Begabung und Fleiß benötigt haben, weil sie die zahlreichen Hindernisse, die ihnen auf ihrem Bildungsweg aus sozialen Gründen begegnen, erst einmal überwinden mussten. Auf jeden Fall müssten sie, vorausgesetzt die These des meritokratischen Zugangs zu Elitepositionen stimmt, nach dem Ende ihres Studiums die gleichen Chancen bei der Konkurrenz um eben dieselben haben. Sollte dies nicht so sein, dann wäre das ein schwerwiegendes Argument gegen die zentrale These der funktionalistischen Elitetheorien, dass Elitepositionen heutzutage durch Leistung erworben und nicht qua Herkunft zugeschrieben werden.

Die Untersuchung der Lebensläufe promovierter Ingenieure, Juristen und Wirtschaftswissenschaftler der Promotionsjahrgänge 1955, 1965, 1975 und 1985 – insgesamt ca. 6 500 Personen und zu über 96 Prozent Männer¹⁶ – bietet auf den ersten Blick ein relativ uneinheitliches Bild: Für den Aufstieg in die Elite im weiteren Sinne¹⁷ gelten offenbar je nach Sektor ganz unterschiedliche Bedingungen. Die Bedeutung der sozialen Herkunft erscheint alles andere als eindeutig. Wenn man die hohe soziale Selektivität der Promotion außer Betracht lässt, bietet eine bürgerliche Herkunft auf den ersten Blick nur in der Wirtschaft einen unzweifelhaften Vorteil. Hier werden die Aussichten auf eine Spitzenstellung durch ein bürgerliches Elternhaus unübersehbar begünstigt. Von den Absolven-

15 Die vorrangige Aufteilung in Bürgertum auf der einen Seite und den Rest der Bevölkerung (Arbeiterklasse und Mittelschichten) auf der anderen sowie die Unterteilung des Bürgertums in gehobenes und Großbürgertum erscheinen mir sinnvoller als die sonst übliche Differenzierung in „nicht Dienstklasse“, „untere Dienstklasse“ und „obere Dienstklasse“, will man Aussagen über die soziale Öffnung oder Schließung der Eliten machen. Nur so ist nämlich zu sehen, in welchem Umfang die Eliten sich aus dem Milieu rekrutieren, dem sie qua Position selbst im Großen und Ganzen zuzurechnen sind.

16 Von den gut 6 500 Personen in den untersuchten Promotionsjahrgängen waren nicht einmal 250 Frauen.

17 Als Elite im weiteren Sinne gelten Mitglieder der ersten Führungsebene von Unternehmen ab 150 Beschäftigten, Politiker vom Oberbürgermeister einer bedeutenden Großstadt oder einem Landesminister aufwärts, Juristen vom Vizepräsidenten eines Landgerichts oder einem Oberlandesgerichtsrat aufwärts und Professoren.

Tabelle: Spitzenkarrieren nach sozialer Herkunft und Sektor (in Prozent der jeweiligen Herkunftsklasse)

Soziale Herkunft	Wirtschaft	Großkonzerne	Politik	Justiz	Wissenschaft
Arbeiterklasse / Mittelschichten	9,3	2,0	1,3	3,1	6,6
Gehobenes Bürgertum	13,1	3,9	1,2	2,4	4,0
Großbürgertum	18,9	6,2	1,9	3,4	3,8

Quelle: Eigene Erhebung; M. Hartmann (Anm. 3).

ten, deren Vater Arbeiter, Bauer, kleiner Selbstständiger oder Angestellter bzw. Beamter ohne leitende Funktionen war, ist gut jeder Elfte im Verlauf seines Berufslebens in die erste Führungsebene eines großen Unternehmens aufgestiegen. Von den Kindern des gehobenen Bürgertums hat es dagegen schon mehr als jeder Achte und von den Söhnen des Großbürgertums¹⁸ sogar fast jeder Fünfte geschafft (siehe die *Tabelle*).¹⁹ Differenziert man weiter, so zeigt sich, dass Arbeiterkinder die schlechtesten und die Söhne größerer Unternehmer die besten Chancen besitzen. Letztere sind mehr als dreimal so erfolgreich wie Erstere.

In den übrigen drei Sektoren bietet sich ein anderes Bild. Zwar liegen die Kinder aus dem Großbürgertum in der Politik und der Justiz noch vorn, wenn auch relativ knapp, in der Wissenschaft rangieren sie aber ganz am Ende. Der Nachwuchs des gehobenen Bürgertums hat in allen drei Bereichen schlechtere Karriereaussichten als die Kommilitonen aus der Arbeiterklasse und den breiten Mittelschichten. Letztere dominieren vor allem in der Wissenschaft, schneiden aber auch in der Justiz und in der Politik²⁰ relativ gut ab.

Der erste Eindruck täuscht jedoch zumindest teilweise. Zum einen darf man die Konkurrenzsituation in den einzelnen Sektoren nicht aus den Augen verlieren.²¹ Zum anderen ändert sich das Bild erheblich, nimmt man nur die Elite im engeren Sinne in den Blick. In den Chefetagen der

Großkonzerne und an den Bundesgerichten²² dominieren die Söhne des Bürgertums und vor allem des Großbürgertums ganz eindeutig. Beim Weg in die Chefetagen der 400 führenden Großkonzerne sind die Söhne des gehobenen Bürgertums doppelt, die des Großbürgertums sogar mehr als dreimal so erfolgreich wie jene aus der breiten Bevölkerung. Der Nachwuchs von leitenden Angestellten schafft den Sprung nach oben sogar zehnmal häufiger als Arbeiterkinder. Bei den Spitzenpositionen der Justiz sieht es ähnlich aus. Während in der Justizelite im weiteren Sinne noch fast jeder zweite promovierte Jurist aus der breiten Bevölkerung kommt, gilt das nur noch für ein Drittel der Bundesrichter und gerade noch für einen von acht an den (nach dem Bundesverfassungsgericht) beiden wichtigsten Bundesgerichten:²³ dem Bundesgerichtshof und dem Bundesverwaltungsgericht. Die Sprösslinge des Großbürgertums stellen unter den Promovierten dagegen mehr als ein Viertel der Bundesrichter und im Falle dieser beiden Bundesgerichte sogar über ein Drittel der Richter. Von den promovierten Juristen aus großbürgerlichen Familien ist fast jeder dritte Bundesrichter geworden. Soziale Aufsteiger findet man umso seltener, je wichtiger und machtvoller die Position ist. Bei den Söhnen des gehobenen und vor allem des Großbürgertums sieht es genau umgekehrt aus. In der Elite im engeren Sinne sind sie besonders stark vertreten.

Die erheblich besseren Aufstiegschancen, die sich dem bürgerlichen Nachwuchs sowohl in der Elite im engeren Sinne als auch generell in der Wirtschaft bieten, lassen sich dabei nicht mit dem Studienverhalten erklären, wie man annehmen könnte. Zwar spielt für Karrieren in großen Unternehmen durchaus eine Rolle, dass die Promovierten aus dem Bürgertum im Durchschnitt ein Semes-

18 Zum Großbürgertum gehören Großunternehmer und Großgrundbesitzer, die Mitglieder von Vorständen großer Unternehmen, Spitzenbeamte und Angehörige der Generalität.

19 Von den insgesamt nur knapp 250 Frauen, die in den untersuchten Promotionsjahrgängen zu finden sind, hat es keine einzige in die Chefetagen der Großkonzerne geschafft und nur ganze drei in die eines größeren Unternehmens, alle als Erbinnen der väterlichen Firma. Professorinnen sind im Übrigen auch nur zwei Frauen geworden.

20 Bei den Werten für die Politik ist zu beachten, dass nur eine sehr kleine Zahl von Promovierten in diesen Bereich gegangen ist, Promovierte im Unterschied zu den anderen drei Sektoren dort auch insgesamt kaum eine Rolle spielen.

21 Vgl. dazu das Kapitel über Konkurrenz und Verdrängung.

22 Die Beschränkung auf Wirtschaft und Justiz ist unumgänglich, weil eine solche Unterteilung der Elite in der Politik an der geringen absoluten Zahl von Promovierten scheitert und in der Wissenschaft am Fehlen einer allgemein anerkannten Hierarchisierung oberhalb der Professur.

23 Am Bundesverfassungsgericht war keiner der untersuchten Promovierten tätig.

ter früher fertig sind als ihre Kommilitonen aus der breiten Bevölkerung und während ihres Studiums auch ungefähr doppelt so häufig eine Universität im Ausland besucht haben. Die Bedeutung der sozialen Herkunft wird dadurch aber nicht im geringsten geschwächt. Das zeigen Berechnungen, die alle Faktoren²⁴ in ihrer wechselseitigen Wirkung mit einbeziehen, ganz unmissverständlich. Das Elternhaus beeinflusst den Zugang zur deutschen Elite ganz direkt und nicht nur mittelbar.

Die entscheidenden Rekrutierungskriterien

Richtet man den Blick zunächst auf die Wirtschaft als den entscheidenden Bereich – immerhin sind über zwei Drittel der zur Elite zählenden Promovierten in diesem Sektor tätig –, so zeigt sich ganz klar, dass der wichtigste Grund für die wesentlich höhere Erfolgsquote der Bürgerkinder in ihrem klassenspezifischen Habitus zu suchen ist. Wer in die Vorstände und Geschäftsführungen großer Unternehmen gelangen will, der muss nämlich vor allem eines besitzen: habituelle Ähnlichkeit mit den Personen, die dort schon sitzen. Da die Besetzung von Spitzenpositionen in großen Unternehmen von einem sehr kleinen Kreis von Personen entschieden wird und das Verfahren nur wenig formalisiert ist, spielt die Übereinstimmung mit den so genannten „Entscheidern“, der „gleiche Stallgeruch“, die ausschlaggebende Rolle. Es wird sehr viel weniger nach rationalen Kriterien entschieden, als man gemeinhin vermutet.

Die Bedeutung der „richtigen Chemie“ oder des „Bauchgefühls“ hängt wesentlich mit dem Bedürfnis zusammen, sich mit Personen zu umgeben, denen man vertrauen kann. Man müsse sich einen Vorstand, so ein interviewter Topmanager, in der Regel als eine „Schicksalsgemeinschaft“ vorstellen, die gemeinsam erfolgreich sei oder aber scheitere. Maßgeblich dafür, ob man glaubt, jemandem vertrauen zu können, und damit auch für die Entscheidung, ob diese Person als Vorstandskollege akzeptiert wird, ist letztlich der Habitus der Person.

Der gewünschte Habitus wird in den Chefetagen der deutschen Großunternehmen an vier

²⁴ Neben der sozialen Herkunft, dem Alter bei Studienbeginn und eventuellen Auslandsaufenthalten zählen dazu u. a. auch noch die Studiendauer, das Studienfach und der Studienort.

zentralen Persönlichkeitsmerkmalen festgemacht. Man sollte eine intime Kenntnis der Dress- und Benimmcodes aufweisen, weil dies aus Sicht der Entscheider anzeigt, ob der Kandidat die geschriebenen und vor allem die ungeschriebenen Regeln und Gesetze in den Chefetagen der Wirtschaft kennt und auch zu beherzigen gewillt ist. Eine breite Allgemeinbildung ist erwünscht, weil sie als ein klares Indiz für den berühmten und als unbedingt notwendig erachteten „Blick über den Teller- rand“ angesehen wird. Unternehmerisches Denken (inklusive der aus Sicht von Spitzenmanagern damit notwendigerweise verknüpften optimistischen Lebenseinstellung) gilt als zwingend erforderlich, weil es die Voraussetzung für Visionen darstelle. Persönliche Souveränität in Auftreten und Verhalten als wichtigstes Element schließlich zeichnet in den Augen der Verantwortlichen all diejenigen aus, die für Führungsaufgaben dieser Größenordnung geeignet seien.²⁵

So nachvollziehbar all diese Begründungen auch sind, letztlich geht es um etwas anderes. Die Entscheider beschreiben mit diesen Merkmalen eigentlich nur den Mann, für den sie sich selbst halten. Der Glaube, selbst der richtige Mann am richtigen Platz zu sein, veranlasst die Topmanager, jemanden mit denselben oder ähnlichen Eigenschaften auszuwählen. Das aber bedeutet letztlich, dass ganz eindeutig Personen bevorzugt werden, die (wie man selbst) aus dem Bürgertum stammen. Sich so in den Vorstandsetagen bewegen, als sei einem das Gelände seit jeher vertraut, können selbstverständlich am besten diejenigen, die in diesem Milieu aufgewachsen sind. Soziale Aufsteiger lassen es fast immer an der erwünschten Selbstverständlichkeit in Auftreten wie Verhalten und damit zugleich an der Bereitschaft mangeln, den offiziellen Kanon und die herrschenden Codes auch einmal gekonnt in Frage zu stellen bzw. sie gegebenenfalls zu durchbrechen. Diese Souveränität, die den spielerischen Umgang mit den gültigen Regeln beinhaltet, macht die entscheidende Differenz aus zwischen denen, die dazu gehören, und denen, die nur dazu gehören möchten.²⁶

²⁵ Einzelheiten zu diesen Persönlichkeitsmerkmalen in Michael Hartmann, Topmanager. Die Rekrutierung einer Elite, Frankfurt/M. – New York 1996: S. 117 ff.; ders., Klassenspezifischer Habitus oder exklusive Bildungstitel als Selektionskriterium? Die Besetzung von Spitzenpositionen in der Wirtschaft, in: Beate Kraus (Hrsg.), An der Spitze. Deutsche Eliten im sozialen Wandel, Konstanz 2001, S. 184 ff.; ders. (Anm. 3), S. 122 ff.

²⁶ Diesen Sachverhalt hat Pierre Bourdieu in seinen Studien (vor allem in: Die feinen Unterschiede, Frankfurt/M. – New York 1982) am Beispiel Frankreichs ausführlich beschrieben.

Die deutlich günstigeren Aufstiegsaussichten, die sich den Promovierten aus der breiten Bevölkerung in den drei anderen Gesellschaftsbereichen bieten, lassen vermuten, dass sich die habituellen Anforderungen wie auch die Auswahlmechanismen dort mehr oder minder deutlich von denen in der Wirtschaft unterscheiden. Das ist auch so. In der Politik gilt immer noch das Prinzip der „Ochsentour“. Wer es bis in den Bundestag oder ein Landesministerium schaffen will, der oder die muss ganz unten – im Ortsverein – anfangen.²⁷ Der „kontinuierliche innerparteiliche Aufstieg, überwiegend begonnen in lokalen Vorstandspositionen, [stellt] eine nahezu unabdingbare Voraussetzung zur Erlangung nationaler Führungspositionen“ dar.²⁸ Die vergleichsweise demokratischen Auswahlprozesse in den großen Volksparteien sorgen dafür, dass – im Unterschied zu bürgerlichen Honoratiorenparteien²⁹ – die sozial relativ breit gestreute Parteibasis einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Kandidatenaufstellung besitzt. Außerdem müssen Politiker, wollen sie erfolgreich sein, eine gewisse Affinität zu ihrer Wählerklientel aufweisen. All das begünstigt Bewerber, die in ihrem Habitus nicht zu weit von der viel beschworenen Basis entfernt sind. Ein stärker kleinbürgerlicher Habitus ist in der Politik deshalb kein Nachteil, sondern sogar eher ein Vorteil.

In der Justiz sind es in erster Linie die stark formalisierten Besetzungsprozeduren, der vom Beamtentum geprägte Habitus und der Einfluss der Politik auf die Personalentscheidungen in den oberen Ebenen, welche die Karriereaussichten für die promovierten Juristen aus der Arbeiterklasse und den breiten Mittelschichten deutlich günstiger ausfallen lassen als in der Wirtschaft.³⁰ Ähnliches gilt für die Wissenschaft. Wer auf eine Professur berufen wird, der muss zuvor mehrere stark formalisierte Stufen eines Berufungsverfahrens durchlaufen, in denen trotz der rechtlich abgesicherten

27 Diese Regel bestimmt die Karrieren in den großen Volksparteien CDU/CSU und SPD. In der FDP und bei den Grünen gilt diese Regel aufgrund der anderen Parteistrukturen und der anderen Wählerklientel nur eingeschränkt.

28 Dietrich Herzog, *Der moderne Berufspolitiker. Karrierebedingungen und Funktion in westlichen Demokratien*, in: Hans Georg Wehling (Red.), *Eliten in der Bundesrepublik*, Stuttgart 1990, S. 36. Siehe dazu auch Hilke Rebenstorf, *Die politische Klasse. Zur Entstehung und Reproduktion einer Funktionselite*. Frankfurt/M. – New York 1995, S. 160 ff.

29 Wie die Parteienlandschaft in Frankreich zeigt, gelten in Honoratiorenparteien andere Regeln, die ähnlich der Wirtschaft Personen mit einem bürgerlichen Habitus begünstigen. Vgl. M. Hartmann (Anm. 3), S. 161 ff.

30 Zu den Auswahlverfahren in der Justiz vgl. Wolfgang Kaupen, *Die Hüter von Recht und Ordnung*. Neuwied 1969; Elmar Lange/Niklas Luhmann, *Juristen – Berufswahl und Karrieren*, in: *Verwaltungsarchiv*, 65 (1974), S. 113–162.

Gremienmehrheit der Professoren auch alle anderen Gruppen der Hochschule Einflussmöglichkeiten besitzen. Außerdem sind externe politische Einflüsse nicht zu unterschätzen. Eine einfache „Kooptation“ durch wenige Entscheidungsträger wie in der Wirtschaft ist dadurch ausgeschlossen. Das garantiert eine gewisse soziale Öffnung, wie ein Blick auf die klassische Ordinariatenuniversität zeigt. Die Auswahlprozeduren, die hier einst durchlaufen werden mussten, hatten eine der Wirtschaft vergleichbare scharfe soziale Auslese zur Folge.³¹ Außerdem kommt der für die Wissenschaft charakteristische Habitus der „Wissensorientierung“ und „Bildungsbeflissenheit“ dem Nachwuchs aus der breiten Bevölkerung erheblich stärker entgegen als der des „souveränen Machers“, wie er in den Topetagen der Wirtschaft vorherrscht. Alles in allem gilt die Regel, dass der Zugang zu Elitepositionen sozial umso geschlossener ist, je kleiner der Kreis von Personen, die über die Besetzung entscheiden, und je informeller das Auswahlverfahren.

Konkurrenz und Verdrängung

So offensichtlich der Zusammenhang zwischen Besetzungsprozessen und der sozialen Öffnung von Elitepositionen ist, er offenbart doch nur die halbe Wahrheit. Die für die Promovierten aus der „Normalbevölkerung“ im Vergleich zur Wirtschaft deutlich besseren Aufstiegsmöglichkeiten in der Politik, der Justiz und der Wissenschaft sind nicht allein darauf zurückzuführen, dass die Entscheidungen dort von einem größeren Kreis von Personen und nach stärker formalisierten Regeln getroffen werden; sie hängen auch mit Wahlmöglichkeiten und Prioritäten zusammen.

Die Chancen für den Nachwuchs aus der Arbeiterklasse und aus den breiten Mittelschichten sind immer dann überdurchschnittlich gut, wenn das Interesse der Konkurrenten aus gehobenem Bürgertum und Großbürgertum eher schwach ausfällt. Da es Letztere in erster Linie dorthin zieht, wo die größte Macht und das höchste Einkommen winken – in die Chefetagen der Wirtschaft³² –, entschärft

31 Vgl. Hans Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Dritter Band: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges, München 1995, S. 1219; Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Freiheit*, München 1961, S. 185.

32 Während die Promovierten aus dem gehobenen und dem Großbürgertum Spitzenpositionen in der Wirtschaft (einschließlich der hier nicht näher behandelten Verbände) zwei-

sich zwangsläufig die Konkurrenzsituation in den anderen Bereichen. Damit eröffnen sich aber allein aufgrund mangelnden Interesses seitens der „Bürgerkinder“ für die Promovierten aus den anderen Klassen und Schichten der Gesellschaft Karrieremöglichkeiten, die in den großen Unternehmen nicht existieren.

Besonders gut lässt sich dieser Zusammenhang erkennen, wenn man die Promotionsjahrgänge 1965 und 1975 miteinander vergleicht. Sie bilden, was die beruflichen Perspektiven angeht, die beiden Extrempole. Die Absolventen des Jahrgangs 1965 trafen auf außergewöhnlich günstige Bedingungen, weil nicht nur die Wirtschaft durch ihren Boom Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre ausgesprochen gute Aufstiegschancen bot, sondern die Ausweitung des öffentlichen Dienstes und vor allem der Ausbau des Hochschulsystems in Justiz und Wissenschaft zeitgleich auch hervorragende Karrieremöglichkeiten eröffneten. Die 1975 Promovierten sahen sich dagegen besonders widrigen Verhältnissen ausgesetzt. Das Wirtschaftswunder war unwiederbringlich vorbei und die Welle der Besetzung von Professorenstellen an den deutschen Hochschulen im Auslaufen begriffen. Die Zahl der frei werdenden oder gar der neu geschaffenen Toppositionen war dementsprechend niedrig. Einzig die Justiz bildete (zumindest teilweise) eine gewisse Ausnahme.

Der Nachwuchs des gehobenen und vor allem des Großbürgertums hat auf die gravierend veränderte Situation sofort reagiert und versucht, den spürbaren Verlust an Spitzenpositionen in den großen Unternehmen durch einen Wechsel in andere Bereiche zu kompensieren. Während das den Abkömmlingen des Großbürgertums problemlos gelungen ist – sie haben den mit 15 Prozent leichten Rückgang in der Wirtschaft durch starke Zuwächse an den Hochschulen (plus 76 Prozent) und in der Justiz (plus 80 Prozent) sogar mehr als wettmachen können –, waren die Promovierten aus dem gehobenen Bürgertum nicht ganz so erfolgreich. Ihre Einbuße in den Chefetagen fiel mit 26 Prozent nicht nur deutlicher aus, sie haben sie trotz eines Zuwachses um 250 Prozent in der Justiz auch nicht komplett ausgleichen können, weil sie an den Hochschulen mit 26 Prozent genauso stark verloren haben wie in der Wirtschaft.

bis dreimal so häufig bekleiden wie vergleichbare Positionen in Politik, Justiz und Wissenschaft, sind die erfolgreichen Promovierten aus der breiten Bevölkerung mehrheitlich in diesen drei Sektoren zu finden.

Verglichen mit dem Rückgang, den die Promovierten aus der Arbeiterklasse und den breiten Mittelschichten hinnehmen mussten, ist das allerdings nicht weiter nennenswert. Letztere haben nicht nur eine von zwei Toppositionen in der Wirtschaft räumen müssen, sondern auch einen fast vierzigprozentigen Einbruch an den Hochschulen zu verzeichnen. Einzig in der Justiz haben sie mit sieben Prozent leicht zulegen können. Insgesamt bleibt aber ein Verlust von knapp 40 Prozent. Während aus der Kohorte der 1965 Promovierten noch mehr als jeder Vierte eine Spitzenposition erreichen konnte – allein jeder Achte in der Wirtschaft und jeder Neunte an den Hochschulen –, trifft das bei den 1975 Promovierten nur noch auf jeden Siebten zu. Bei den Promovierten mit bürgerlichem Familienhintergrund bietet sich ein ganz anderes Bild. Von den Sprösslingen des gehobenen Bürgertums hat trotz eines Verlustes von ca. zehn Prozent immer noch jeder Fünfte eine Spitzenkarriere gemacht, von den Großbürgerkindern dank eines Zuwachses von gut zehn Prozent sogar fast jeder Dritte.

Noch deutlicher zeigen sich die unterschiedlichen Möglichkeiten, die dem Nachwuchs des Bürgertums auf der einen und dem der restlichen Bevölkerung auf der anderen Seite offen stehen, wenn man den Blick ausschließlich auf die Juristen richtet. Sie waren seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre von den verschlechterten Aufstiegschancen in der Wirtschaft besonders stark betroffen; denn sie sahen sich zusätzlich zur allgemeinen Reduzierung der Spitzenpositionen auch noch einem Verdrängungsprozess seitens der Betriebswirte ausgesetzt, die immer mehr der von ihnen traditionell besetzten Toppositionen eroberten, zunächst in der Industrie, dann aber auch in ihrer klassischen Domäne, dem Finanzsektor. Hatten von den Vorstandsmitgliedern der vier führenden Großbanken 1980 noch fast zwei Drittel ein juristisches Examen aufzuweisen, so ist es heutzutage gerade noch ein gutes Viertel.³³ Für die 1975 promovierten Juristen war die Situation also ganz besonders problematisch. Sie versuchten dementsprechend, vor allem in die Justiz auszuweichen, die noch die besten Karriereaussichten bot. Dieser Wechsel gelang allerdings nicht allen gleichermaßen gut. Während die promovierten Juristen, die aus der breiten Bevölkerung stammen, ihre Erfolgsquote nur um knapp 50 Prozent steigern konnten, war der Nach-

³³ Vgl. Michael Hartmann, Juristen – Abschied aus den Vorständen der Großkonzerne, in: Stefan Machura/Stefan Ulbrich (Hrsg.), Recht – Gesellschaft – Kommunikation, Baden-Baden 2003, S. 119f.; vgl. auch ders., Juristen in der Wirtschaft – Eine Elite im Wandel, München 1990.

wuchs des Großbürgertums doppelt so erfolgreich. Die Söhne des gehobenen Bürgertums, die vom Rückgang in der Wirtschaft und an den Hochschulen stärker betroffen waren als die Großbürgerkinder, erhöhten ihre Quote sogar auf das Vierfache.³⁴

Resümee

Eines zeigen die Bildungs- und Karriereverläufe der vier Promotionskohorten ganz eindeutig: Die soziale Herkunft beeinflusst den Zugang zu Elitepositionen nicht nur indirekt über den Bildungserfolg, sondern auch ganz unmittelbar. Die vom funktionalistischen Mainstream der Eliteforschung vertretene Position, die Rekrutierung der Eliten erfolge vorrangig anhand der individuellen Leistung, hat sich *nicht* bestätigt. Auch die Hoffnungen von Ralf Dahrendorf und den meisten anderen Eliteforschern, die Bildungsexpansion mit ihrer sozialen Öffnung der Hochschulen würde an der disproportionalen Rekrutierung der Eliten Wesentliches verändern, haben sich dementsprechend nicht erfüllt. Vielmehr ist es – ganz im Gegenteil – bei den untersuchten Promotionskohorten sogar zu einer weiteren sozialen Schließung gekommen,

34 Vgl. M. Hartmann (Anm. 3), S. 103. Die Kohorte von 1985 bietet im Übrigen ein genau entgegengesetztes Bild. Die Bürgerkinder haben sich dank deutlich verbesserter Karriereaussichten in der Wirtschaft wieder aus der Justiz zurückgezogen. Ihr Anteil hat sich ungefähr doppelt so stark reduziert wie der der Promovierten aus der breiten Bevölkerung.

und das vor allem in der Wirtschaft. Mit Ausnahme des zuletzt genannten Bereichs bietet die Potsdamer Erhebung ein ähnliches Bild. In der Politik, der Verwaltung, den Massenmedien, der Kultur oder beim Militär – überall hat sich der Prozentsatz der Elitemitglieder, die aus dem Bürgertum stammen, (mehr oder minder deutlich) erhöht.³⁵ Da die von den Potsdamern festgestellte Öffnung in der Wirtschaft aus erhebungstechnischen Gründen weit an der Realität vorbeigeht³⁶ – eigene Untersuchungen kommen auf einen mit über 80 Prozent nicht nur doppelt so hohen, sondern zudem noch leicht steigenden Anteil der Bürgerkinder –,³⁷ kann von einer sozialen Öffnung der deutschen Eliten keine Rede sein. Die Bildungsexpansion hat nur den Zugang zu den Bildungsinstitutionen erleichtert, nicht aber den zu den Elitepositionen.

35 Vgl. K.-U. Schnapp (Anm. 1), S. 77.

36 Zunächst liegt die Ausschöpfungsquote mit nur 33,6 Prozent für alle Unternehmen außerhalb des Finanzsektors sehr niedrig. Sodann wurde im Finanzsektor mit der Deutschen Bundesbank, den Landeszentralbanken, Genossenschaftsbanken, öffentlichen Bausparkassen und den öffentlich-rechtlichen Sozialversicherungsträgern eine ganze Anzahl von Institutionen einbezogen, deren Führungspositionen eher nach politischen Kriterien als nach den Maßstäben der Privatwirtschaft besetzt werden. Schließlich wurden gerade in den Finanzinstituten, aber auch in den anderen Unternehmen Positionsinhaber (wie z. B. stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende) befragt, die nicht zur eigentlichen Wirtschaftselite zu rechnen sind. Die Tatsache, dass jedes vierte Mitglied der Wirtschaftselite zugleich Gewerkschaftsmitglied ist, zeigt das mehr als deutlich.

37 Vgl. M. Hartmann, *Klassenspezifischer Habitus* (Anm. 25), S. 181, 214 f.

Rekrutierung von weiblichen Eliten

Einleitung

Es ist eher ungewöhnlich, das Thema Eliten mit dem Fokus auf das weibliche Geschlecht zu behandeln. Wir sind es gewohnt, Eliten als männlich anzusehen – nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Tatsächlich sind Frauen innerhalb der Eliten immer noch unterrepräsentiert: So ist nach 25 Jahren Frauenförderung in Deutschland keine wesentliche Erhöhung der Anteile von Frauen in Spitzenpositionen in Wissenschaft und Wirtschaft zu verzeichnen. Es drängt sich die Frage nach den Gründen dafür auf. Hier interessieren die Strukturen der Rekrutierung von Eliten und der Reproduktion sozialer Macht in modernen westlichen Industrienationen,¹ es interessiert, inwieweit diese fördernd bzw. hemmend wirken. Die „Glass Ceiling“ – die so genannte „gläserne Decke“ – ist eine Barriere, die Frauen tendenziell am Aufstieg in die Elite hindert. Forscherinnen sprechen in diesem Zusammenhang vom „Verschwinden“ der begabten, gut ausgebildeten Frauen.²

In diesem Beitrag werden Ergebnisse aus vier Forschungsfeldern mit dem Ziel zusammengeführt, Synergieeffekte zu erreichen: Forschungslücken können so wechselseitig geschlossen werden. Dies ist *erstens* die Eliteforschung – ein Forschungsbereich vor allem der Sozialwissenschaften, wobei hier insbesondere die Pädagogik mit ihrem Forschungsfeld Bildungselite zu nennen ist. Ein Elitediskurs wird neuerdings auch in der feministischen Forschung geführt. Die Themen der Forschung sind die Rekrutierung von Eliten in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft, aber auch im Sport und in anderen Bereichen. *Zweitens* wird der Forschungsbereich der Hochbegabung vorgestellt, hier mit dem Fokus auf Mädchen und Frauen. *Drittens* wird den Gründen für die Unterrepräsentation von Frauen in Eliten nachgegangen, wobei Forschungen zur weiblichen und männlichen Sozialisation herangezogen werden. Hier sind

1 Vgl. Sebastian Braun, *Elitenrekrutierung in Frankreich und Deutschland*, Köln 1999, S. 58.

2 Vgl. Katrin Hansen/Gisela Goos, *Frauenorientiertes Personalmarketing: Chancen – Wege – Perspektiven*, Berlin 1997, S. 16.

auch Forschungsergebnisse zur Karriere von Wissenschaftlerinnen relevant. Mit dem Ziel, Alternativen zum „Verschwinden“ der Frauen – hier am Beispiel der Wissenschaft – aufzuzeigen, werden Ergebnisse einer Studie³ vorgestellt. *Viertens* wird das Konzept „Gender Mainstreaming – Gleichstellungspolitik und Instrument der Steuerung an Hochschulen“ an der Universität Augsburg umrissen.

Eliteforschung

Als Elite bezeichnen Wilhelm Bürklin und Hilke Rebenstorf in der „Potsdamer Elitestudie“ Führungsgruppen oder eine Führungsschicht in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Verwaltung, Kultur, Kirchen, Gewerkschaft, Militär, Verbänden und Massenmedien.⁴ Etymologisch bedeutet Elite, vom lateinischen Wort „eligere“ abgeleitet, auserlesen oder auserwählt. Eliten unterscheiden sich also von der Masse der Bevölkerung und werden von dieser abgegrenzt. Auswahl und Auswählen ziehen die Frage der Kriterien nach sich,⁵ die für die Definition von Eliten herangezogen werden. Hier gibt es unterschiedliche Theorieansätze.⁶ Die Funktionseliten, auch Positionseliten genannt, sind die Einflussgruppe, die im gesellschaftlichen System eine bestimmte Verantwortung übernimmt und sich dadurch heraushebt.⁷ Funktions- oder Positionseliten sind durch soziale Offenheit oder Durchlässigkeit charakterisiert. Bei Leistungseliten steht die Qualifikation im Vordergrund, womit sie eher „unterdefiniert“ sind. Positions- und Leistungseliten sind nicht identisch. Universitäten und

3 Vgl. Hildegard Macha und Forschungsgruppe, *Erfolgreiche Frauen – wie sie wurden, was sie sind*, Frankfurt/M. – New York 2000.

4 Vgl. Wilhelm Bürklin/Hilke Rebenstorf u. a. (Hrsg.), *Eliten in Deutschland*, Opladen 1997; Jörg Machatzke, *Die Potsdamer Elitestudie – Positionsauswahl und Ausschöpfung*, in: W. Bürklin/H. Rebenstorf u. a., ebd., S. 11.

5 Vgl. Heike Kahlert, *Die Debatte um Gleichstellung von Frauen in Führungspositionen: eine verdeckte feministische Elitediskussion*, in: Sigrid Metz-Göckel u. a. (Hrsg.), *Hochschulreform und Geschlecht*, Opladen 2000, S. 155.

6 Vgl. S. Braun (Anm. 1), S. 17–22.

7 Vgl. H. Kahlert (Anm. 5), S. 156.

Wissenschaften bilden Leistungseliten aus, haben eigene Kriterien für Exzellenz und besitzen insofern Definitionsmacht über Leistungseliten.

Themen der Eliteforschung sind Rekrutierung, Werte der Eliten und Elitenkohäsion bzw. Konsens in der Demokratie u. a. Mit dem Begriff Elite ist zugleich ein Ungleichheitsverhältnis verbunden.⁸ Diskurse über Eliten konzentrieren sich stets auf Hierarchien bzw. Herrschaftsverhältnisse und Hierarchiestufen. Die Forderung nach einem Abbau von Ungleichheit im Diskurs der feministischen Frauenforschung steht deshalb in einem gewissen Kontrast zur Förderung weiblicher Eliten, weil damit die Differenzen zwischen Frauen betont werden. Insofern befindet sich die feministische Forschung mit der Elitediskussion in einem Dilemma: Das Ziel der Gleichheit konterkariert zumindest teilweise das Ziel der weiblichen Elitebildung. Heike Kahlert macht darauf aufmerksam, dass der Diskurs über Frauen in Führungspositionen eine verdeckte feministische Elitediskussion darstellt. Bildung und Qualifizierung von Frauen für Führungspositionen gehören zu den Zielen der Frauenbewegung und der feministischen Forschung – ebenso die Vision einer weiblichen Positions- bzw. Machtelite.⁹

Auch der Begriff der Macht nimmt im feministischen Diskurs eine wichtige Stellung ein. Macht kann im Sinne der frauenpolitischen und/oder demokratischen Forderungen als Verantwortung für diejenigen Gruppen definiert werden, die von den Machthabern vertreten werden. Die Art und Weise der Machtausübung sollte durch eine kritische weibliche Elite sinnvoll weiterentwickelt werden. Die feministische Elitediskussion enthält deshalb kritische Aspekte der oft androzentrisch geführten Debatte und zielt auf eine gleichberechtigte Teilhabe und Repräsentanz von Frauen an den Funktions- und Bildungseliten. Dazu gehören immer auch Aspekte der Eliteförderung oder Elitebildung derjenigen Frauen, die Interesse an der Übernahme von Verantwortung haben und Macht ausüben wollen. Bildung, Wissen und Macht sind eng miteinander verbunden. Daraus bezog schon die erste Frauenbewegung ihre Ziele, und daran hat sich nichts geändert. Universitäten widmen sich heute dem Thema der Rekrutierung weiblicher Eliten mit dem Ziel der Exzellenz.

⁸ Vgl. Sigrid Metz-Göckel, Bildungseliten und Elitebildung von Frauen, in: dies. u. a. (Anm. 5), S. 128.

⁹ Vgl. H. Kahlert (Anm. 5), S. 157.

Hoch begabte Mädchen und Frauen

Die Forschung zur Hochbegabung richtet sich auf die Personengruppe, die möglicherweise in die Elite – in der Regel die Leistungselite – aufsteigen kann. Elitenzugehörigkeit hängt mit den Faktoren Begabung und Ausbildung zusammen. Das heißt, eine Begabung muss erkannt und gefördert werden, wenn die Betroffenen später der Leistungselite angehören sollen. Lernen ist der entscheidende Mechanismus bei der Transformation hoher Begabung in exzellente Leistung.¹⁰ Man unterscheidet zwischen Begabung als natürlichen Fähigkeiten, Talenten als entwickelten Fertigkeiten und Leistung. Die Untersuchungen über Hochbegabung von Mädchen können Aufschluss darüber geben, ob Mädchen ebenso hohe Begabungen aufweisen und warum sie – wenn dies der Fall ist – nicht angemessen in den Leistungseliten der Universitäten und der Wirtschaft vertreten sind.

Die Forschungsergebnisse liefern ein differenziertes Bild geschlechtstypischer Verhaltensweisen sowohl hoch begabter Mädchen und Jungen als auch von deren Eltern und Lehrer/innen. Hoch begabte Mädchen sind in Bezug auf das Erkennen, Fördern und die Nachhaltigkeit der Begabung im Nachteil gegenüber hoch begabten Jungen – so die Argumentationslinie der Forschung. Dies wird mit Ergebnissen aus Untersuchungen in Schulen, zum Beispiel dem Überspringen von Klassen, ebenso belegt wie durch Aussagen von erwachsenen Frauen über ihre Kindheit.

Unter „Hochbegabung“ wird eine intellektuelle, kreative, psychomotorische oder soziale Begabung verstanden. Hoch begabte Kinder sind „auf Grund hervorragender Fähigkeiten in der Lage . . . , hohe Leistungen zu zeigen“¹¹. Zu den Hochbegabten werden in der Regel diejenigen gezählt, die in einem anerkannten Intelligenztest eine Punktzahl erreichen, die im Durchschnitt zwei Standardabweichungen und mehr über der Norm liegt. Das entspricht einem Intelligenzquotienten von 130 bzw. einem Prozentrang von 98,

¹⁰ Vgl. Christian Fischer, Hochbegabung als schulische Herausforderung: Definition, Identifikation und Förderung von besonderen Begabungen, in: Claudia Solzbacher/Annette Heinbokel, Hochbegabte in der Schule – Identifikation und Förderung, Münster 2002, S. 26–39, hier S. 29; Barbara Feger, Probleme hoch begabter Mädchen, in: Harald Wagner (Hrsg.), Hoch begabte Mädchen und Frauen, Bonn 2002, S. 32.

¹¹ Annette Heinbokel, Hochbegabte. Erkennen, Probleme, Lösungswege, Baden-Baden 1988, S. 31.

demnach sind zwei Prozent eines Jahrgangs hoch begabt.¹² Ein hoch begabtes Kind ist „in bestimmten Bereichen seiner geistigen, künstlerischen, motorischen oder sozialen Entwicklung den Gleichaltrigen deutlich überlegen“.¹³

Hoch begabte Mädchen unterscheiden sich in wesentlichen Punkten von hoch begabten Jungen.¹⁴ Das sind

1. die *Schulleistungen*: Mädchen erbringen im Durchschnitt heute in allen Altersstufen und Schulformen die besseren Leistungen und verfügen über höhere Schulabschlüsse als Jungen, seit 1990 absolvieren zum Beispiel regelmäßig mehr Mädchen als Jungen das Abitur.
2. die *Spitzenwerte*: In der Grundschule fällt die Begabung von Mädchen weder so deutlich noch in so frühem Alter auf wie bei Jungen, und: „Werden Hochbegabte durch Test ermittelt, so tauchen Mädchen am extremen oberen Ende der Leistungsskala seltener auf als Jungen.“
3. die *Definition von Hochbegabung*: Hoch begabte Mädchen zeigen nicht wie Jungen unangepasste Verhaltensweisen und extreme Leistungsunterschiede. Sie verhalten sich eher angepasst. Ihre Probleme werden andererseits auch weniger wahrgenommen. Die Definition der Hochbegabung orientiert sich am „unangepassten“ Verhalten der Jungen und lässt hoch begabte Mädchen eher unentdeckt.
4. das „*Verschwinden*“ der Hochbegabung: Mädchen erzielen in Testverfahren in stärkerem Maße als Jungen im Laufe der Schulzeit geringere Punktzahlen. Die Kriterien und Maßstäbe für die Definition und Selektion der Hochbegabten müssen daraufhin überprüft werden.
5. die *Akzeleration*: Beim Überspringen von Klassen überwiegen zahlenmäßig in der Grundschule die Mädchen, in den weiterführenden Schulen dann die Jungen.¹⁵
6. die *Breite der Begabungen*: Anders als bei durchschnittlich Begabten verwischen sich bei Hochbegabten die Geschlechtsunterschiede; allerdings scheinen hoch begabte Mädchen

12 Vgl. dies., Die Zeiten haben sich geändert – aber noch nicht genug. Zur Situation hoch begabter Mädchen, in: Helga Breitenbach u. a., Geschlechterforschung als Kritik, Bielefeld 2002, S. 203.

13 Bundesminister für Bildung und Forschung (Hrsg.), Begabte Kinder finden und fördern, Bonn 2001, S. 13.

14 Vgl. A. Heinbokel (Anm. 12), S. 203 ff.

15 Vgl. ebd., S. 212 f.

über ein breiteres Interessenspektrum zu verfügen als hoch begabte Jungen.¹⁶

7. die *Arbeitsstile*: Auch im Arbeitsstil finden sich Unterschiede. Mädchen besitzen einen besseren Ordnungssinn, eine größere Übersichtlichkeit und Vielseitigkeit.

Über die Gründe für diese Unterschiede herrscht in der Forschung keine Einigkeit; entsprechend unterschiedlich sind die Ergebnisse. Eine Argumentationslinie stützt sich auf geschlechterdifferente Attribuierungsmuster,¹⁷ die durch Ergebnisse der Motivationspsychologie bestätigt werden. Mädchen führen generell Erfolg eher auf externale Faktoren zurück wie Glück, Fleiß oder äußere Umstände, Misserfolg hingegen eher auf internale Faktoren wie mangelnde Begabung. Dies hat auf das Selbstbewusstsein und das Selbstkonzept der Mädchen ungünstige Auswirkungen insofern, als sie sich weniger selbst bestärken als Jungen. Diese führen ihre Erfolge eher auf internale Faktoren wie Begabung zurück und Misserfolg auf äußere Faktoren.

Selbstkonzepte und Erwartungshaltungen von hoch begabten Mädchen werden vor allem durch Eltern beeinflusst und stark durch tradierte Erziehungsziele bestimmt. Wenngleich sich die gesellschaftlichen Erziehungsnormen für beide Geschlechter generell immer mehr angleichen und sich kaum mehr Verhaltensunterschiede zwischen den Geschlechtern finden, sind die Identitäten von Jungen und Mädchen nach wie vor durch geschlechtsdifferente Interessen und Orientierungen gekennzeichnet. Das kulturelle Milieu gibt Geschlechterrollen, verbunden mit in der Gesellschaft vorherrschenden Vorstellungen hinsichtlich geschlechtstypischer Wahl von Schulfächern und Berufswegen, vor, die gegenüber Änderungen relativ resistent sind. Es besteht ein Widerspruch zwischen äußerem Wandel und unbewusster Tradierung von Geschlechterrollen, der sich bis in die Fächerwahl der Mädchen in Schule und Universität und die Berufswahl hinein auswirkt. Ein Beispiel dafür ist die mangelnde Bereitschaft von Mädchen, sich in der Schule für Fächer aus Naturwissenschaft und Technik zu entscheiden.

16 Vgl. Aiga Stapf, Geschlechterunterschiede. Begabungsentwicklung bei Mädchen und Jungen am Beispiel intellektueller Hochbegabung, in: Harald Wagner (Hrsg.), Hoch begabte Mädchen und Frauen. Begabungsentwicklung und Geschlechterunterschiede, Bad Honnef 2002, S. 20.

17 Vgl. Kurt A. Heller, Geschlechtsspezifische Ergebnisse zweier Langzeitstudien zur Hochbegabung, in: Wilhelm Wiczerkowski/Tania M. Prado (Hrsg.), Hoch begabte Mädchen, Bad Honnef 1990, S. 114–126. Vgl. auch A. Stapf (Anm. 16), S. 21.

Für die Herausbildung geschlechtstypischer Identitäten von Mädchen und Jungen ist also nach wie vor die Erziehung der Eltern ausschlaggebend. Deren implizite Wertungen, ihre Ziele und Vorstellungen über die (geschlechtstypische) Berufswahl der Kinder basieren auf traditionellen Rollen.¹⁸ Die Konstruktion der Selbstbilder und Ziele der Mädchen bestimmt auch die jeweiligen Erfolgserwartungen gegenüber einem Schulfach und ihre Erfolgszuversicht in Bezug auf Schul- und Studienfächer. Beides sind Determinanten für Entscheidungen, die den personalen Handlungsraum abstecken. Gedanklich vorweggenommene Kosten-Nutzen-Bilanzen bestimmen das Handeln mit.

Als Beispiel für die Wirksamkeit der Determinanten wird das Fach Mathematik herangezogen. Hieran lässt sich die Verschränkung von Vorgaben und individuellen Konstruktionen der Mädchen sehr gut erklären. Die durchschnittlichen Leistungen von 12- bis 13-jährigen Mädchen in Mathematik weisen, gemessen an einem einmaligen Test in der gesamten Jahrgangsstufe, keinen Unterschied gegenüber denen der Jungen auf.¹⁹ Die Leistungen der Mädchen in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichtsfächern insgesamt sind indessen im Durchschnitt schlechter als die der Jungen.²⁰ Dieser Widerspruch erklärt sich daraus, dass Mädchen bei einem einmaligen Test den Jungen vergleichbare Leistungen zeigen, langfristig die Leistungen im Unterricht jedoch abnehmen. Warum ist das so?

Gemäß der Kontrollüberzeugung der Mädchen ist ein Erfolg in Mathematik nur durch Anstrengung zu erreichen, Misserfolg wird mit mangelnder Fähigkeit, also intrinsisch, erklärt. Dem Fach wird ein geringer Nutzen zugesprochen, weil es als männliche Domäne klassifiziert wird. Eine niedrige Erfolgserwartung korrespondiert mit einer geringen Erwartung der Erfüllung eigener Bedürfnisse und der Furcht vor Misserfolg. Eltern und Lehrer „unterfüttern“ diese Erwartungen und Einstellungen: Eltern, indem sie den Nutzen von Mathematik für Mädchen ebenfalls als gering einschätzen, und Lehrer dadurch, dass sie bei Mädchen eine geringe Erfolgserwartung im Fach Mathematik hegen. Nur bei den Mädchen, die sich

mit ihrer Begabung durchsetzen, wirkt sich dies nicht entmutigend aus.²¹ Aiga Stapf hat Recht, wenn sie feststellt: „Eine deutliche Tendenz, die eigene Leistung zu unterschätzen, ist bei Mädchen und Frauen ersichtlich, bei Jungen und Männern ist eine Überschätzung der eigenen Fähigkeiten . . . zu beobachten.“²²

Albert Ziegler verweist auf Studien zum geringeren Selbstvertrauen und Selbstwertgefühl von Mädchen im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich.²³ Diese haben ein schwach ausgeprägtes Bewusstsein von ihren Fähigkeiten und die Aspirationen sind deutlich niedriger. Das führt zu geringerem Interesse am Fach und wird noch durch die Zuschreibung einer geringeren Begabung für Mathematik durch Lehrer und Eltern verschärft.

Eine andere generalisierende Argumentationslinie besteht in der „Unsichtbarkeit“ und dem *Underachievement* begabter Mädchen. Sie zeichnen sich in Bezug auf ihre Begabung eher durch „Zurücknehmen“, „Verschwinden“ und „Erfolg vermeiden“ aus.²⁴ Mädchen sind, wie oben schon erwähnt, eher vielseitig, Jungen eher einseitig begabt. Sie möchten jedoch mit ihrer Begabung möglichst nicht auffallen, nicht zu den Besten gehören und nicht als Streberin gelten, sondern passen sich einem niedrigen Lernniveau an. Ein Grund dafür dürfte sein, dass hoch begabte Schülerinnen dem Mobbing durch Schüler und Lehrer ausgesetzt sind, wie Studien zeigen.²⁵ Wenn Jungen hoch begabt sind, wird dies sowohl von Eltern als auch von Lehrern in der Regel erkannt. Es sind also zugleich externe Erwartungen der Gesellschaft und internale Faktoren der Selbstbilder der Mädchen, die hier – ungünstig – zusammenwirken und dazu führen, dass eine Hochbegabung bei Mädchen weniger gut und schnell erkannt wird und diese insgesamt weniger gefördert werden.

So zeigt das Verhältnis von 6:1 zwischen hoch begabten Jungen und Mädchen wahrscheinlich nicht die wirkliche Verteilung der geschlechterbezogenen Begabungen. Die Definition und die Kriterien für die Erkennung von Hochbegabung führen zu einer Verschiebung zuungunsten der Mädchen.

18 Vgl. Wilhelm Wiczerkowski, Zwischen Selbstkonzept und Erwartungshaltung. Orientierungen und Präferenzen mathematisch befähigter Mädchen im Vergleich, in: H. Wagner (Anm. 16), S. 51.

19 Vgl. A. Stapf (Anm. 16), S. 19.

20 Vgl. Albert Ziegler, Reattribuierungstrainings: Auf der Suche nach den Quellen der Geschlechtsunterschiede im MNT-Bereich, in: H. Wagner (Anm. 16), S. 85–97, hier S. 85.

21 Vgl. W. Wiczerkowski (Anm. 18), S. 54 ff.

22 Vgl. A. Stapf (Anm. 16), S. 21.

23 Vgl. A. Ziegler (Anm. 20), S. 85

24 Barbara Feger, Deutsche Publikationen zur Begabungsforschung und Begabtenförderung – Die Entwicklung in den 80er Jahren, in: H. Wagner (Anm. 16), S. 30; BMBF (Anm. 13), S. 61 f.; H. Macha u. a. (Anm. 3).

25 Vgl. B. Feger (Anm. 24), S. 34.

Man kann die Forschungsergebnisse in vier Phänomenen zusammenfassen. Hoch begabte Mädchen und Frauen

- „verschwinden“, bevor sie in die Elite aufsteigen können;
- werden mit zunehmendem Alter unsichtbarer;
- vermeiden Erfolg und
- werden vergessen.

Es muss also nach alternativen Möglichkeiten und Wegen gesucht werden, (hoch) begabte Mädchen aufzuspüren und ihnen bessere Strategien und Taktiken für die Herausbildung von Kompetenzen zu vermitteln. An die Stelle der Entmutigung muss eine Kultur der Ermutigung treten.

Risiken und Potenziale Ergebnisse von Geschlechterstudien

Bisher wurde das Fehlen weiblicher Eliten und die mangelnde Förderung hoch begabter Mädchen konstatiert. Es soll nun – auf Basis von Forschungsergebnissen aus Geschlechterstudien – versucht werden, die beschriebenen Ergebnisse zur Eliteforschung und Hochbegabtenforschung mit dem Ziel zu erweitern und zu interpretieren, die Ursachen für die mangelnde Eliterekrutierung von Mädchen und Frauen zu verdeutlichen. Die Forschungen zu den Themen „weibliche Eliten“ und „Hochbegabung von Mädchen“ sind auf die Beschreibung des Zustandes beschränkt; es wird nicht definiert, wodurch die beschriebenen Folgen verursacht werden, auch werden Forschungsergebnisse aus anderen Bereichen nur unzureichend aufgegriffen. Um eine bessere Eliterekrutierung von Frauen zu gewährleisten, gilt es, die Ursachen für den bestehenden Mangel zu erkennen und – darauf aufbauend – gezielte Maßnahmen zu ergreifen.

Ich vertrete die These, dass die Forschungsergebnisse aus Geschlechterstudien einen Symptomkomplex von Wirkungen in Bildungsprozessen und in der weiblichen bzw. männlichen Sozialisation als Mädchen bzw. Junge beschreiben. *Beide* Geschlechter leiden heute unter der einseitigen, auf das jeweilige Geschlecht zugeschnittenen Sozialisation; ihr individuelles Potenzial kann sich nicht voll entwickeln. Andererseits ergeben sich sowohl spezifische Risiken als auch Potenziale für die Geschlechter. Die Fähigkeit zu pragmatischem,

flexiblem Handeln, die Frauen durch ihre Doppelrolle in Beruf und Familie erwerben, erweist sich im Arbeitsleben ebenso als Chance wie etwa die Durchsetzungsfähigkeit der Männer. Die Studien zeichnen – wenn man die verschiedenen Ergebnisse zusammenfügt – ein differenziertes Bild der tendenziellen Folgen von Erziehung und Bildung in Kindheit und Jugend.

Weibliche und männliche Identität und Subjektivität entstehen durch die Übernahme tradierter gesellschaftlicher Rollen, Normen und Handlungen, die von den Individuen selektiv angeeignet werden und zu eigenen Identitätskonstruktionen führen. Die Aneignung erfolgt nicht im Sinne einer direkten Übernahme, vielmehr wird zwischen unterschiedlichen Geschlechtsrollen und Berufen gewählt.

Im Erwachsenenalter werden die verschiedenen Einflüsse individuell zu Strategien der biographischen Lebensplanung weiterentwickelt. Auch wenn sich die Erziehungsstile der Eltern gegenüber beiden Geschlechtern einander heute immer stärker annähern, so befördert das unbewusste Handeln von Vätern und Müttern, Lehrerinnen und Lehrern doch die Übernahme stereotyper Leistungs- und Verhaltensmuster ebenso wie stereotyper Berufswahl.

Eine Einschränkung der Möglichkeiten der individuellen Lebensplanung sowohl der Mädchen als auch der Jungen ist die Folge. Auf diese Weise kommen aber auch geschlechtstypische Potenziale und Kompetenzen zur Geltung. Die polarisierenden und typisierenden Wirkungen des Erziehungs-, Sozialisations- und Bildungsprozesses, den Jungen und Mädchen durchlaufen, gehen heute nicht mehr auf ein konsistentes zweigeschlechtliches Rollenmodell in der Gesellschaft zurück. Sie sind mehrheitlich auf unbewusste und nicht öffentlich thematisierte Normen zurückzuführen. Auch biologische Unterschiede, die sich in verschiedenen Verhaltensweisen der Geschlechter äußern, hat die Forschung nur in wenigen und marginalen Bereichen wie dem räumlichen Sehvermögen u. Ä. gefunden, so dass dieser Aspekt heute zu vernachlässigen ist. Dagegen zeigen sich schon in der Kindheit Unterschiede im Verhalten der Geschlechter, die nicht mehr auf biologische Ursachen zurückführbar sind, so zum Beispiel die größere Gewaltbereitschaft der Jungen. Einzelne Ergebnisse der Forschung werden nun zu Themenkomplexen gebündelt.

Balance zwischen zwei Welten bei Mädchen versus Berufsorientierung der Jungen

Die Identitätskonstruktionen der Mädchen sind – wie Geschlechterstudien belegen – nach wie vor an Familie und Beruf orientiert. Regina Becker-Schmidt nennt dies die „doppelte Sozialisation“ oder die „doppelte Vergesellschaftung“. Ihre Lebensziele richten sich gleichmäßig auf die Gestaltung eines Familienlebens und die Planung des Berufslebens. Beziehungen und Familie als Modell spielen in der Sozialisation der Mädchen eine große Rolle. Sie werden zu Empathie, Fürsorge und Sensibilität erzogen.²⁶ Die Herstellung der Balance zwischen den Welten Familie und Beruf wird heute noch fast ausschließlich als Aufgabe der Frauen definiert. Männer beteiligen sich bislang zu wenig an Haushaltsführung und Kinderbetreuung. Allerdings gibt es einen relativ starken Rollenwandel in bildungsnahen Schichten. Väter haben danach intensiv den Wunsch, sich mit ihren Kindern zu beschäftigen.²⁷

Angehörige von Eliten investieren in aller Regel mehr Zeit in ihre Qualifikation als in Familienarbeit. Die immer noch weitgehend einseitige Lastenverteilung erweist sich für die Rekrutierung weiblicher Eliten als Handicap.

Auch wenn die schulische Bildung der Mädchen heute mit jener der Jungen vergleichbar, ja ihr sogar leicht überlegen ist, hat das nicht zur Folge, dass die Mädchen sich ähnlich hohe berufliche Ziele wie die Jungen setzen. Auch werden keine dem Ausbildungsstand entsprechenden hohen Statuspositionen erreicht. Ein Risiko der weiblichen Sozialisation besteht – wie oben geschildert – in der Entmutigung: Mädchen werden von Erwachsenen in Familie und Schule insgesamt zu wenig ermuntert, ihre Begabungen und die individuellen Potenziale wertzuschätzen. Sie werden zu wenig dazu angehalten, in ihre berufliche Zukunft zu investieren, sei es in Bezug auf hohe Ziele, sei es in Bezug auf Anstrengung und Erfolgsmotivation.

Auf der individuellen Ebene haben – wie oben ausgeführt – die erworbenen geschlechtstypischen Attribuierungsmuster bei den Mädchen die Folge, dass Leistung zu wenig internal als Erfolg gewertet werden kann und deshalb auch zu wenig sich selbst

und der eigenen Begabung zugerechnet wird. Dadurch fällt es schwerer, eine sich selbst verstärkende Erfolgszuversicht aufzubauen.²⁸ Das Fehlen von hohen Karrierezielen und weitreichendem Ehrgeiz wird in der Forschung unter anderem mit dem „Verlust der eigenen Stimme“ in der Kindheit und Jugend in Verbindung gebracht. Darunter verstehen Lyn Mikel Brown und Carol Gilligan, dass Mädchen im Verlauf der Schulzeit verlernen, ihre Ziele und Wünsche zu formulieren und zu erreichen. Unter dem Einfluss der Schule, der Mitschüler und der Gesellschaft werden die eigenen inneren Stimmen schwächer und unklarer.²⁹ Der Druck, sich einem diffusen Bild vom „richtigen“ Mädchen anzupassen, wird immer größer. Schließlich verlieren Mädchen ihre eigenen Bedürfnisse und Ziele immer mehr aus dem Blick und „vergessen“ ihre Träume.

Die Normen der Gesellschaft, so kann man die Ergebnisse der Untersuchungen, die bislang vorliegen, interpretieren, veranlassen Mädchen dazu, sich anzupassen, anstatt sich auf ihre Interessen und deren individuelle Förderung zu konzentrieren. Das Erkennen der individuellen Begabungen und Potenziale von Mädchen ist allerdings auch schwieriger und gelingt seltener, weil diese – wie oben ausgeführt – nicht dem bekannten Bild des männlichen Hochbegabten entsprechen. Auch normal begabte Mädchen werden eher weniger gefördert und gefordert.

Jungen hingegen, so zeigen neuere Forschungsergebnisse, werden im Sozialisations-, Erziehungs- und Bildungsprozess darauf „gedrillt“, sich ausschließlich am Beruf zu orientieren und Familie sowie zwischenmenschliche Beziehungen zu vernachlässigen. Zum anderen entwickeln sie ein riskanteres Gesundheitsverhalten, weil sie sich – wie ihre Väter – zu wenig um ihre Gesundheit kümmern und schon im Jugendalter gesundheitlich unterversorgt sind. Im Durchschnitt haben Männer eine um sieben Jahre kürzere Lebenserwartung als Frauen.³⁰ Ihr Potenzial liegt in den beruflichen Strategien und in – allgemein eher akzeptierten – aggressiven Durchsetzungsmustern.

28 Vgl. K. A. Heller (Anm. 17).

29 Vgl. Lyn Mikel Brown/Carol Gilligan, Die verlorene Stimme. Wendepunkte in der Entwicklung von Mädchen und Frauen, Frankfurt/M. 1994; L. M. Brown, Raising Their Voices: The Politics of Girls' Anger, Cambridge 1998; Mary Belenky u. a., Das andere Denken. Persönlichkeit, Moral und Intellekt der Frau, Frankfurt/M. 1991.

30 Vgl. Klaus Hurrelmann/Petra Kolip, Geschlecht, Gesundheit und Krankheit. Männer und Frauen im Vergleich, Bern–Göttingen–Toronto 2002, S. 16.

26 Vgl. Regina Becker-Schmidt, Von Jungen, die keine Mädchen, und von Mädchen, die gerne Jungen sein wollen. Geschlechtsspezifische Umwege auf der Suche nach Identität, in: dies./Gudrun-Axeli Knapp (Hrsg.) Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften, Frankfurt/M. 1995, S. 222 f.

27 Vgl. Wassilios Fthenakis, Engagierte Vaterschaft, Op-laden 1999.

Work-Life-Balance

Die Herstellung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf – *Work-Life-Balance* – liegt weitgehend in der Verantwortung der Frauen.³¹ Die Balance von Familie und Beruf, die weitgehend von den (dafür als zuständig geltenden) Frauen hergestellt wird, erfährt angesichts des wachsenden Anteils weiblicher Berufstätiger eine erhöhte Aufmerksamkeit. Hier erwerben Frauen aber auch Potenziale, die sich für das Arbeitsleben als effektiv erweisen. Die Zuständigkeit für die Kinderbetreuung, für die Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen und die Vereinbarkeit von Berufs- und Arbeitsleben erweist sich jedoch nicht selten als Hindernis für den Karriereaufstieg.

Frauen und Führung: Potenziale bzw. Kompetenzen

Wie oben ausgeführt, ist die Diskussion um Führungsqualitäten von Frauen eine verdeckte Elitediskussion. Die durch ihre Sozialisation erworbenen Fähigkeiten erweisen sich heute als innovative Qualifikationen für Führungspositionen, bei denen es darum geht, Macht und Verantwortung in der Balance zu halten. Weitere Stichworte sind in diesem Zusammenhang Teamfähigkeit, Netzwerkbildung, effektive Konfliktlösungsstrategien und dichte Kommunikationsnetze.³² Studien zu Wissenschaftlerinnen, Politikerinnen und Managerinnen zeigen ebenso wie die Untersuchungsergebnisse zu hoch begabten Mädchen, dass nur bei einer kleinen Gruppe von ihnen in der Kindheit die Begabung angemessen erkannt und gefördert wurde.³³ Diese bezeichnen ihre Kindheit als glücklich, weil sie gleichrangig gewürdigt wurden und Anregungen erhielten.³⁴

In der „Augsburger Studie“ gaben Wissenschaftlerinnen an, dass sie in der Kindheit nicht nur nicht gefördert wurden, sondern dass sie in Schule und Elternhaus darüber hinaus wegen ihres Ehrgeizes eher diskriminiert wurden. Andererseits hat man ihnen jedoch auch schon in früher Jugend viel Verantwortung aufgebürdet. Gegen alle Widerstände haben sie sich durchgesetzt und behauptet, und sie formulieren retrospektiv die Erfahrung, sich selbst entworfen und durchgesetzt zu haben.

31 Vgl. Arlie Russell Hochschild, *Keine Zeit*. Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet, Opladen 2002, S. 51.

32 Siehe hierzu auch *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 22–23/98.

33 Vgl. H. Macha und Forschungsgruppe (Anm. 3), S. 142 f.

34 Vgl. ebd., S. 120 ff., 315 ff.

Relationale Aggression

Ein Risiko der Sozialisation von Mädchen und Frauen liegt auch in mangelnden Ausdrucksmöglichkeiten für Wut und Aggression. Im Sozialisations-, Erziehungs- und Bildungsprozess werden diese bei Mädchen negativ sanktioniert. Diese entwickeln deshalb Strategien, ihre Aggressionen auf andere Art auszuleben, etwa auf diskriminierende Weise unter den Mädchen. Relationale Aggression ist ein Begriff von Rachel Simmons, der die verdeckten Aggressionen der Mädchen untereinander in Schulen bezeichnet. Durch das Fehlen von produktiven Strategien, die nicht zum normierten Bild des Mädchens passen, werden Wut, Zorn, Neid und Konkurrenz zwar nach außen hin verleugnet, aber als zerstörerische Energie in die Interaktionen eingebracht.³⁵ So werden etwa Allianzen zwischen Freundinnen geschmiedet, um beliebte, attraktive oder beneidete Mädchen zu diskriminieren und den sozialen Kontakt zu diesen zu unterbinden oder zu erschweren. Auf diese Weise werden Mädchen ausgegrenzt und verletzt, ohne dass Lehrer oder Eltern die Hintergründe erkennen können. Da Freundschaften unter Mädchen sehr wichtig sind, können erzwungenes Alleinsein und Isolation zu schweren Traumata führen.

Die verborgene Aggressionskultur mit ihren Intrigen als Gewalt zu qualifizieren und aufzudecken, so Simmons, setzt ihre Verbalisierung sowie die Intervention der Eltern und Lehrer voraus. Die Ergebnisse geben Aufschluss darüber, dass Mädchen Aggressionen haben und wie sie sie handhaben.

Gesundheitsverhalten

Stereotype Einstellungen im Bewusstsein von Eltern und Pädagogen bleiben unbewusst erhalten mit der Folge sich fortschreibender Ungleichheit zwischen den Geschlechtern. Bei Jungen und Männern führt dies u. a. zu einem höheren Risiko, Gesundheitsvorsorge zu vernachlässigen und Gewaltbereitschaft zu entwickeln bzw. auch Opfer von Gewalthandlungen zu werden. Bei Mädchen und Frauen besteht das Risiko, weniger Körperkraft und Selbstbewusstsein auszubilden und verstärkt die Angst von Erwachsenen zu übernehmen, die sie in Bezug auf hohe Ziele bremsen. Sie bleiben dann nicht selten hinter ihren Möglichkeiten zurück.

35 Vgl. Rachel Simmons, *Meine beste Feindin*. Wie Mädchen sich das Leben zur Hölle machen und warum Frauen einander nicht vertrauen, Köln 2003, S. 28, 50, 90 f.

Rekrutierung weiblicher Eliten durch Gender Mainstreaming

Maßnahmen zur Rekrutierung weiblicher Eliten durch Gender Mainstreaming werden heute in allen Organisationen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung durchgeführt. Damit wird an die Stelle der Entmutigung von Frauen eine Kultur der Ermutigung gestellt. Gender Mainstreaming ist ein Konzept der Gleichstellungspolitik und ein Steuerungsinstrument für Organisationen, um Qualität durch Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern. Gender Mainstreaming verbindet eine Bottom-up-Strategie der Frauenförderung, wie sie bisher von der Frauenbeauftragten an Hochschulen schon geleistet wurde, mit einer Top-down-Strategie, bei der die Hochschulleitung in die Verantwortung mit einbezogen wird.

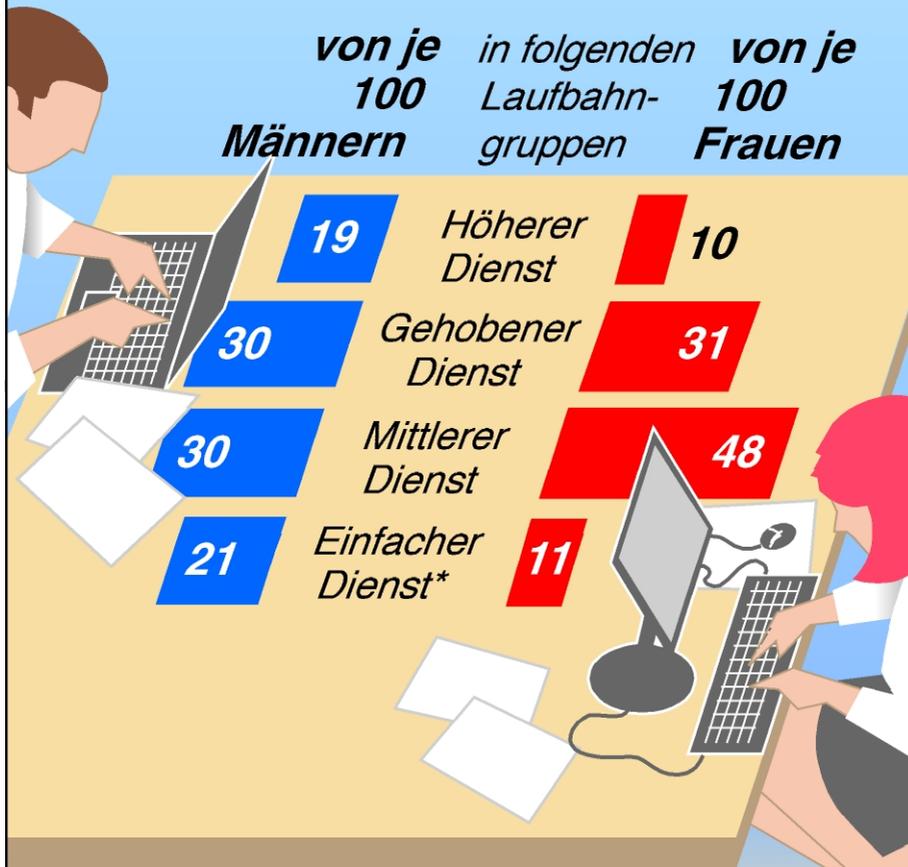
Wie kann die Rekrutierung weiblicher Eliten durch Gender Mainstreaming gefördert werden? Im Gender-Mainstreaming-Prozess an der Universität Augsburg werden unter anderem folgende Maßnahmen durchgeführt:

1. Begabte Studierende und junge Wissenschaftlerinnen sollen auf dem Wege der *Spurensuche* identifiziert, informiert und durch Beratungsmaßnahmen unterstützt werden.
2. Es werden *Workshops und Mentoring-Programme* zur Vermittlung von Karrierestrategien und zum Aufbau von Netzwerken mit dem Ziel angeboten, die Erfolge und das Selbstbewusstsein junger Frauen zu stärken und gegenseitig Erfahrungen auszutauschen.
3. Weibliche Potenziale und Leistungen in der Universität werden durch Reflexion der wissenschaftlichen Leistungen *dargestellt und kenntlich gemacht*.
4. Auf Web-Sites und innerhalb der Universität werden die Maßnahmen des Gender Mainstreaming nach außen *kommuniziert*, um die Familienfreundlichkeit und die besondere Akzeptanz der weiblichen Studierenden und Wissenschaftlerinnen zu betonen. Allerdings wird keine Diskriminierung der männlichen Wissenschaftler gewünscht.
5. Durch das Schaffen von *Kinderbetreuungseinrichtungen* wird die Voraussetzung geschaffen, dass Mütter und Väter als Wissenschaftler beruhigt arbeiten können.

Rangordnung im Staatsdienst

Im öffentlichen Dienst
in Deutschland arbeiten

von je *in folgenden* *von je*
100 *Laufbahn-* **100**
Männern *gruppen* **Frauen**



**einschl. Arbeiter/-innen*

Quelle: Stat. Bundesamt

Stand 2001

© Globus



Rangordnung im Staatsdienst 25. 7. 2003

Rund 4,8 Millionen Beamte, Angestellte und Arbeiter sind im öffentlichen Dienst beschäftigt; 2,5 Millionen – also mehr als die Hälfte – sind Frauen. Anscheinend herrscht damit bei Vater Staat Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen. Doch bei näherer Betrachtung wird deutlich, dass die Männer in den höheren Staatsrängen stärker vertreten sind. Von je 100 männlichen Beschäftigten tragen 19 im höheren Dienst Verantwortung, von je 100 weiblichen Beschäftigten nur zehn. Dagegen ist fast die Hälfte aller Frauen im mittleren Dienst tätig. Bei den Männern sind es nur 30 Prozent. – 45 Prozent der öffentlich Bediensteten sind übrigens bei den Ländern beschäftigt, 30 Prozent arbeiten bei den Gemeinden, für zehn Prozent ist der Bund der Arbeitgeber.

Hochbegabtenförderung und Elitenbildung

Die Förderung von Hochbegabten ist kein exotisches Unterfangen oder gar eine deutsche Spezialität. Das wird schnell deutlich, wenn man die vielen Veröffentlichungen, die internationalen Konferenzen, Aktivitäten und Programme zu diesem Thema betrachtet, wie sie z. B. durch den World Council for Gifted and Talented Children repräsentiert werden.¹ Bei der Förderung von Begabten geht es nicht um ein überflüssiges, randständiges pädagogisch-psychologisches Thema, sondern um Grund- und Menschenrechte in einer pluralistischen Demokratie und um Zukunftsfragen einer Gesellschaft im globalen Wettbewerb. Zugleich berührt diese Frage das pädagogische Selbstverständnis und die Zielsetzung von Schule sowie das individuelle oder das in einer Gesellschaft vorherrschende Menschenbild. Und wenn man die individuellen Lernmöglichkeiten berücksichtigt, geht es um ein genuin pädagogisches Problem.

Beide Aspekte bedingen einander und beeinflussen sich gegenseitig. Eine Sichtweise, wie sie Hermann Hesse in seinem Buch „Unterm Rad“ ironisch formuliert hat, scheidet freilich aus: „Ein Schulmeister hat lieber einige Esel als ein Genie in seiner Klasse, und genau betrachtet hat er ja recht, denn seine Aufgabe ist es nicht, extravagante Geister heranzubilden, sondern gute Lateiner, Rechner und Biedermänner.“²

Begabung – Individuum – Gesellschaft: der demokratische Anspruch

„Hochbegabung ist ein Geschenk der Natur an die Gesellschaft“, soll Karl Marx gesagt haben. Mindestens zwei Gedanken kommen in diesem Satz zum Ausdruck: Hochbegabung ist zum einen Aufgabe und Verpflichtung der Gesellschaft gegenüber dem hoch begabten Individuum, zum anderen eine Verpflichtung dieses Menschen gegenüber der Gesellschaft. Begabung entsteht in einer dialektischen, interaktiven Beziehung von

Individuum und Gesellschaft; sie ist einerseits Voraussetzung, andererseits Prozess und Ergebnis dieses Verhältnisses. Zur außerordentlichen Leistung – zur Exzellenz – kommt es, wenn außergewöhnliche Potenziale auf eine „passende“ – herausfordernde und fördernde – Umwelt treffen. So können durch eine bestimmte Form von Vergesellschaftung und Überlebensnotwendigkeiten die ihr eigenen „passenden“ Begabungen herausgefordert und gefördert werden; umgekehrt könnte sich auch – wenngleich vermutlich sehr viel seltener – eine besondere Begabung die ihr „passende“ Umwelt schaffen.

Die *Abbildung* veranschaulicht die vielfältigen Interaktionsprozesse zwischen Individuum und Umwelt/Gesellschaft.

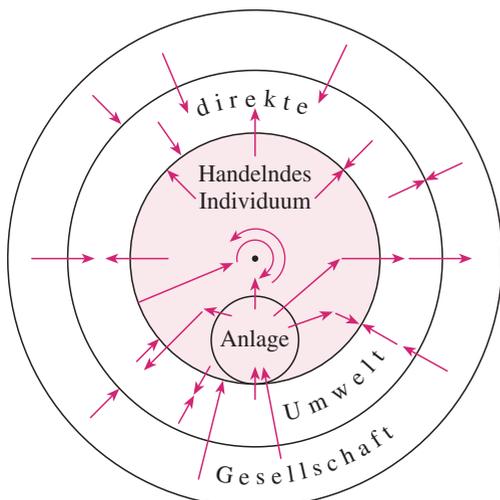
In Grundgesetzartikel 3 ist der Anspruch des Individuums auf optimale Bildungsförderung verbrieft – das Grundrecht eines jeden Menschen, eine Ausbildung zu erhalten, die seinen Bedürfnissen, Fähigkeiten und Interessen entspricht. Jeder Einzelne hat danach das Grundrecht auf optimale Entwicklung seiner Begabungen im Interesse eines individuellen, aber auch gesellschaftlichen Fortschritts. Gleichzeitig hat jede Gesellschaft Bedarf an begabten, intelligenten und schöpferisch handelnden Menschen, die ihre hervorragenden Qualitäten im sozialen Austausch entwickeln und in sozialer Verantwortung für die Gesellschaft zur Geltung bringen.

Schon 1981 hat der Wissenschaftsrat ausgeführt, dass jedes Gemeinwesen – um gedeihen und Herausforderungen bestehen zu können – auf ein hohes Qualifikationsniveau angewiesen sei. Es müsse Menschen geben, die bereit und fähig sind, Außerordentliches zu leisten – in der Politik, in der Verwaltung, in der Industrie, in den freien Berufen, im Handwerk, in den Gewerkschaften, in der Wissenschaft und in der Schule. „Solche Befähigungen und Bereitschaft zu Außerordentlichem entspringt einer Summe von Begabung, Leistungswillen, moralischem Engagement und Verantwortungsbewußtsein gegenüber allen Mitbürgern. Jedes Gemeinwesen braucht Eliten dieser Art. Es genügt aber nicht, darauf zu vertrauen, dass sie (die Eliten, d. Verf.) im Wechselspiel von Herausforderung und Bewährung von selbst heranwach-

¹ Siehe www.WorldGifted.org

² Hermann Hesse, *Unterm Rad* (Jubiläumsausgabe), Frankfurt/M. 1993, S. 250.

Abbildung: Interaktions-Kosmos: Individuum – direkte Umwelt – Gesellschaft



Quelle: Klaus K. Urban, *Besonders begabte Kinder im Vorschulalter*, Heidelberg 1990, S. 36.

sen.“ Denn außergewöhnliche Befähigung sei nicht von vornherein gegeben, sondern bilde sich erst in einem Prozess heraus, in dem Erziehung und Selbsterziehung eine wichtige Rolle spielen. Daher müsse sich das demokratische Gemeinwesen die bewusste Förderung derer, von denen außerordentliche Leistungen zu erwarten sind, angelegen sein lassen. „Möglich und wünschenswert ist, in den Schulen und Hochschulen die Voraussetzung dafür zu verbessern, dass auch die, die zu besonderen Leistungen befähigt sind, bis zur vollen Entfaltung ihrer Leistungsfähigkeit gefördert und gefordert werden.“³

Elite und Demokratie

Dass Elite und Demokratie kein Gegensatz sind, lässt sich auch mit Thomas Jefferson zeigen, der dafür plädiert „alle jene Talente zu fördern, die so frei unter den Armen wie unter den Reichen verstreut sind, welche nutzlos untergehen und verkommen, wenn sie nicht gesucht und kultiviert werden“⁴.

³ Wissenschaftsrat (Hrsg.), *Empfehlung zur Förderung besonders Befähigter*, Berlin 1981.

⁴ Thomas Jefferson, *Notes of the State of Virginia*, Paris 1782.

In der Bundesrepublik wurde die Förderung besonders Begabter lange Zeit mit ungerechtfertigten Privilegien der ohnehin Begünstigten auf Kosten der anderen gleichgesetzt oder als „elitäres“ Macht- oder Wunschdenken diffamiert. Der Begriff „Elite“ war in der Vergangenheit hochgradig suspekt und wurde geradezu als Gegensatz zur Demokratie betrachtet, nicht aber als deren möglicher und notwendiger Teil. Hier zeigt sich ein typisch deutsches Problem und nicht zuletzt eine Bürde der jüngeren deutschen Geschichte, weil „der furchtbare Missbrauch, den die Diktaturen unserer Zeit damit getrieben haben, uns mit Recht misstrauisch gemacht hat gegen alles, was nach planmäßiger Elitebildung und Aufzucht einer Auslese aussieht, und weil solche Bemühungen auch anderswo meist unheilvolle Ergebnisse zeitigen“⁵.

Es gibt aber kein gesellschaftliches System – gleich welcher ideologischen Couleur – ohne Eliten. Böswillig formuliert: Jedes System hat die Eliten, die es verdient! Allerdings sind Eliten, wie sie traditionell aufgrund von Geburt, Macht, Prestige oder Geld entstanden sind – von Thomas Mann sarkastisch auch als „General Dr. von Staat“ bezeichnet –, mit Demokratien unvereinbar.

Der frühere Direktor des Berliner Wissenschaftskollegs, Peter Wapnewski, betont zu Recht, dass auch Demokratien Eliten brauchen: Eine Elite, die sich nicht definiert durch angeborene oder angemaßte Privilegien, werde als durchlässige und grundsätzlich jedem offen stehende Gruppe das republikanische Gewissen nicht gefährden, wohl aber den Bestand einer von ihrer Leistung profitierenden Gesellschaft stabilisieren und wohltuend ihre Akzente setzen in der komfortablen, aber auch reizlosen Landschaft einer egalitären Welt.⁶

Die demokratisierte Industriegesellschaft bilde – so Hans Peter Dreitzel – „einen komplizierten Funktionszusammenhang von Wirtschaft und Verwaltung, Technik und Kulturkonsum, in dem die politischen, ökonomischen und kulturellen Bedürfnisse durch eine Fülle von Organisationen und Institutionen befriedigt werden müssen. Hier überall ist ein Spezialistentum entstanden, das allein die fachliche Leistung prämiiert“⁷. Die Spitzengruppen seien Leistungseliten, die sich durch ihre je besondere Funktion qualifizierten. So sei die Entwicklung von der bürgerlichen Klassengesell-

⁵ Hans Zbinden, *Ohnmacht der Eliten*, Zürich 1963.

⁶ Vgl. Peter Wapnewski, *Denkfabrik im Grunewald*, in: *Die Zeit* vom 7. März 1980.

⁷ Hans Peter Dreitzel, *Elitebegriff und Sozialstruktur*, Stuttgart 1962, S. 51.

schaft zur demokratischen Industriegesellschaft gleichermaßen durch den Rückgang des Klassenanachronismus und die Vervielfältigung der Eliten gekennzeichnet gewesen. Eliten in Industriedemokratien müssen grundsätzlich durchlässige Gruppen sein, die sich von anderen Teilen der Gesellschaft nicht absondern. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass der Elitebegriff als typisch bürgerlicher Protestbegriff gegen die Aristokratie zunächst die Forderung nach einem offeneren Zugang zu Führungsgruppen in den verschiedensten Bereichen des öffentlichen Lebens beinhaltet.⁸

Es scheint, als hätten die Deutschen inzwischen ein weniger verkrampftes Verhältnis zur Elite. Dies zeigt etwa die Verwendung des Begriffs in den Bereichen Sport („Elitekicker“) und Musik. Nach Gabriele Wölke sollte Leistung nicht einseitig als Produktionsfaktor gewertet werden, sondern als ein Prinzip schöpferischer Entfaltung. Elite wäre dann weniger als gesellschaftliche Klassenkategorie zu verstehen, sondern „vielmehr als Synonym für hervorragende Leistung im Bereich des Geistigen, Wissenschaftlichen, Kulturellen, Politischen und Sozialen“⁹.

Das Prinzip der Offenheit von Eliten muss es den Begabten – unabhängig von allen sozialen Rangkriterien – erlauben, in die gesellschaftlichen Machtpositionen aufzusteigen. „Die Förderung von Begabungen und Leistungen besonders in Wissenschaft und Forschung, von Phantasie und schöpferischem Geist muss heute zu den Bestandteilen eines Eliteverständnisses gehören, das durch Massendemokratie und ihre Lebensbedingungen maßgeblich geprägt wird. Da liegen die Möglichkeiten, die es zu nutzen gilt – zum Nutzen aller.“¹⁰

Elite und Demokratie sind also nicht als Gegensätze aufzufassen. Vielmehr besteht ein funktionales, um nicht zu sagen dialektisches Verhältnis zwischen den vielfältigen, im Prinzip offenen Eliten und einer demokratischen Verfassung. Diese gewährt jedem Einzelnen die Chance auf und Unterstützung für eine Qualifizierung und Professionalisierung, durch die wiederum die Eliten bestimmt sind. Daher vermag gerade die Förderung besonderer Begabungen zu einer Verbesserung der demokratischen Funktionen von Eliten beitragen, indem sie zu einer höheren Qualifizie-

rung derjenigen führt, die in verschiedenen Funktionsbereichen schließlich Teile der Eliten bilden. Wenn man die Frage nach der Entstehung von Eliten ernst nimmt, so ist eine weitere Veränderung des öffentlichen Klimas erforderlich: „die Bereitschaft, anderes und Besseres nicht nur zu tolerieren, sondern zu wünschen, die Fähigkeit, Exzellenz gelten zu lassen und anzuerkennen. Das hört sich leicht an, aber es ist vielleicht das Schwerste“¹¹.

Chancengleichheit und Begabungsförderung

Grundlage für ein solches Verständnis von Eliten ist die Chancengleichheit, die für alle Menschen zu gelten hat. Interessanterweise wird die Idee der Chancengleichheit sowohl von Befürwortern als auch von Gegnern einer Hochbegabtenförderung ins Feld geführt. Während die einen damit die gleichen Ausgangs- oder Zugangschancen bezeichnen, denken die anderen an eine Gleichheit der Ergebnisse. Der Begriff der „Chancengleichheit“ wurde vor allem durch die Bemühungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) verbreitet. Gemeint war der gleiche Zugang zu Bildungsinstitutionen für alle Kinder mit gleichen Fähigkeiten und unabhängig von Geschlecht, Rasse, Wohnort, sozialer Herkunft oder anderen Kriterien. Chancengleichheit wurde als ein Angebot an den Einzelnen betrachtet, sich aus den Zwängen seiner Herkunft zu befreien. Die Folgen dieser demokratischen Konzeption waren unverkennbar, sind aber trotzdem immer wieder übersehen, geleugnet oder verdrängt worden: Je mehr die Chancengleichheit den sozialen Abstand schrumpfen lässt, desto deutlicher werden andere Differenzen, die – unabhängig von Geschlecht, Wohnort, sozialer und ethnischer Herkunft – Bestand haben und sich allen Egalisierungstendenzen entziehen. Die Gleichheit der Chancen führte also zu ungleichen Ergebnissen. Je mehr Läufer an den Start gehen, desto größer werden die Abstände zwischen den Ersten und den Letzten im Ziel sein.

Michael Freund schrieb in einem Aufsatz von 1953, es sei eine Tatsache des sozialen und politischen Lebens – mit der man fertig werden müsse –, dass die Menschen unterschiedliche Begabungen und Fähigkeiten hätten und dass es eine eigentüm-

8 Vgl. Walter Rüegg, Eliten in der Demokratie – Reform und Repräsentanz, in: Elite. Zukunftsorientierung in der Demokratie, Köln 1982, S. 9–28.

9 Gabriele Wölke, Eliten in der Bundesrepublik Deutschland. Zur Rückkehr eines Begriffs, Köln 1980, S. 51.

10 Ebd.

11 Vgl. Hermann Rudolph, Elite. Ein Begriff kehrt wieder, in: Die Zeit vom 30. Mai 1980.

liche schöpferische Kraft gebe. Wie weit Gesellschaft, Wirtschaft und Politik dieser Ungleichheit Rechnung tragen dürften und sollten, sei das große Problem aller Soziologie und aller Politik. „Es ist ein gefährlicher Trugschluss, wenn man aus dieser Ungleichheit der Menschen folgert, dass die Menschen nirgends und nimmer als gleich behandelt werden dürfen, oder aus dem Grundsatz der politischen Gleichheit ableitet, dass die Menschen in allen Lebensbereichen gleich sein müssten . . . Es ist die große Aufgabe, die Gleichheit als Ideal und als Rechtsnorm mit den Ungleichheiten der Wirklichkeit in Übereinstimmung zu bringen.“¹²

Die moderne Gesellschaft muss – wie es die Intention der Schulreformen der sechziger und siebziger Jahre in der Bundesrepublik war – gleiche Möglichkeiten für alle schaffen. Zugleich braucht sie aber die Herausforderung der Ungleichheit in Gestalt besonderer Chancen für besondere Begabungen sowie der Offenheit für Ehrgeiz und Aufstieg; denn auch darin liegt ein Stück Selbstbestimmung.¹³

Gegnern einer Hochbegabtenförderung geht es aber nicht um gleiche Zugangschancen, sondern um die Gleichheit des Ergebnisses. Erfahrungen mit der Ungleichheit der Ergebnisse haben vor allem Länder mit einem Einheitsschulsystem gemacht. Unbeschadet aller ideologischen Differenzen haben sie vergleichbare Konsequenzen gezogen und die Begabtenförderung ausgebaut. So prophezeite der damalige Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin (Ost), Helmut Klein, auf der Hamburger Weltkonferenz über Hochbegabte im August 1985, dass auch in der DDR weitere Erfolge bei der Herstellung von Rechtsgleichheit zusätzliche Anstrengungen bei der Förderung begabter Schüler und Studenten erforderlich machen würden.¹⁴

Ich möchte diesen Abschnitt mit einem kleinen Stück aus einer satirischen Vision eines egalitären Zukunftsstaates, in der der amerikanische Schriftsteller Kurt Vonnegut die Lösung des Problems der hoch begabten Kinder beschreibt, abschließen: Sobald entlarvt, erhalten sie einen Piepser hinter das Ohr implantiert. Dieser stört sie ihr Leben lang alle 5 Sekunden, so dass ihnen nie ein Gedankengang von überdurchschnittlicher Länge gelingt.

12 Michael Freund, Das Eliteproblem in der modernen Politik, in: Wilfried Röhrich (Hrsg.), „Demokratische“ Elitenherrschaft, Darmstadt 1975, S. 229 f.

13 Vgl. H. Rudolph (Anm. 11).

14 Vgl. Helmut Klein, Hochbegabtenförderung aus bildungspolitischer Sicht (Hefe-Paper 9), Hannover 1985.

Das Bild vom Menschen und seiner Entwicklung

Hinter dem Ruf nach Förderung von Begabungen als einem demokratischen Anspruch steht ein bestimmtes Bild des Menschen und seiner Entwicklung. Niemand kann heute noch ernsthaft ein einseitig biologisch-genetisches oder auf das Milieu bzw. auf Sozialisationsfaktoren bezogenes Begabungs- oder Entwicklungskonzept vertreten. Vielmehr ist von der Annahme interindividueller Anlageunterschiede auszugehen.¹⁵ Dann aber können sich Begabungen und Fähigkeiten nur in Interaktion mit der sozialen Umwelt und vor dem Hintergrund der (kultur)historischen Entwicklung der jeweiligen Gesellschaft herausbilden. Im Zuge der aktiven Aneignung der Umwelt, die das bisher vorhandene Wissen einer Gesellschaft bzw. der Menschheit repräsentiert, und im sozialen Austausch mit anderen Menschen, die zugleich bestimmte Funktionen in der Gesellschaft ausüben, kann das Individuum seine Persönlichkeit entwickeln und am gesellschaftlichen Verkehr teilhaben.¹⁶ Der Mensch wird dabei „in seiner Ganzheit gesehen als einer, der nur selbständige Person wird, indem er ‚sozialisiert‘ wird, und der nur ein soziales Glied der Gesellschaft wird, indem er in der tätigen Auseinandersetzung mit sich und der Umwelt Person wird“¹⁷.

Diese Feststellung gründet auf der Annahme, dass Menschen prinzipiell über die Disposition zum Lernen und Handeln verfügen, sich aktiv ihrer Umwelt zuwenden, sie „begreifen“ und verstehbar machen, ihrer Welt für sich und andere Sinn geben, Handlungskompetenz erwerben wollen.¹⁸ Ziel von Erziehung wäre demnach die autonome, aber sozial eingebundene Persönlichkeit, das selbständig und kreativ denkende und handelnde Individuum mit hoher Sach- und Kulturkompetenz, von außergewöhnlicher Expertise und sozialer Verantwortung.

15 Vgl. Rainer Seidel/Gisela Ulmann, Ansätze zu einem neuen Konzept der Intelligenz, in: Rudolf Schmidt (Hrsg.), Intelligenzforschung und pädagogische Praxis, München 1978, S. 72–119

16 Vgl. Klaus K. Urban, Besonders begabte Kinder im Vorschulalter, Heidelberg 1990.

17 Ders., Entwicklungs- und Lernstörungen, in: Wilhelm Wiczerkowski/Hans zur Oeveste (Hrsg.), Lehrbuch der Entwicklungspsychologie, Bd. 3, Düsseldorf 1982, S. 21.

18 Vgl. ders., Allgemeine Bedingungen des Lernens, in: Wolfgang W. Mickel (Hrsg.), Handbuch zur politischen Bildung, Bonn 1999, S. 302–307.

Ausblick

Die theoretische, empirische und praktische Auseinandersetzung und Arbeit mit hoch begabten Individuen hat – ob wir wollen oder nicht – stets soziopolitische Voraussetzungen und Folgen. Plausibilität, Legitimität, Effektivität und die Konsequenzen von Erforschung und Förderung Hochbegabter werden sowohl von dem jeweiligen Menschenbild als auch von der vorherrschenden Gesellschaftstheorie beeinflusst.

Im Sinne einer menschlichen, fortschrittlichen Entwicklung scheint mir eine nicht isolierte, gleichwohl differenzierte Erziehung Hochbegabter – verbunden mit einer breiten, allen gerechte Chancen bietenden Allgemeinbildung auf hohem Niveau – eine der wichtigsten Investitionen für die zukünftige Entwicklung jeder Gesellschaft zu sein. Bei den Bemühungen von Eltern, Erziehern, Lehrern und Psychologen sollte – trotz aller gesellschafts- und bildungspolitischen Überlegungen – das Wohlergehen jedes einzelnen Kindes, und eben auch des hoch begabten, im Mittelpunkt stehen.

Solche Anstrengungen haben letztlich nicht nur einen positiven Einfluss auf die individuelle Entwicklung der besonders Begabten, sondern auch auf das Erziehungs- und Bildungssystem, die kulturelle Szenerie und das wissenschaftliche Know-how eines Landes. Denn sie tragen dazu bei, wie es die Verfassung des World Council for Gifted and Talented Children als Ziel definiert, den „potentiellen wertvollen Beitrag hoch begabter Kinder zum Wohlergehen der Menschheit“ zu realisieren. Die Fabel „Gleiches Recht für alle“ (siehe den *Kasten*) sollte dabei nicht als Vorbild dienen.

Gleiches Recht für alle¹⁹

Eines Tages beschlossen die Tiere, dass sie etwas unternehmen müssten, um den Anforderungen der Zukunft gewachsen zu sein, und gründeten eine Schule. Sie führten einen Lehrplan für Leibesübungen mit den Fächern Laufen, Klettern, Schwimmen und Fliegen ein und beschlossen (weil das die Durchführung vereinfachte), dass jedes Tier an jedem Fach teilnehmen musste. – Die Ente war ein hervorragender Schüler im Schwimmunterricht und sogar besser als ihr Lehrer, bekam befriedigende Noten im Fliegen, war aber schwach im Laufen. Da sie im Laufen so langsam war, musste sie häufig nachsitzen und auch das Schwimmen aufgeben, um das Laufen zu üben. Das ging so lange, bis ihre Schwimfüße arg verschliffen waren und sie nur noch ein durchschnittlicher Schwimmer war. Aber Durchschnittlichkeit wurde an der Schule akzeptiert, so dass sich keiner Gedanken darüber machte – außer der Ente. – Der Hase war anfangs Klassenbester im Laufen, erlitt dann aber einen Nervenzusammenbruch, weil er im Schwimmen so viel nachholen musste. – Das Eichhörnchen war ausgezeichnet im Klettern, bis der Unterricht im Fliegen es total frustrierte: Auf Anweisung des Lehrers musste es stets vom Boden aufwärts starten statt vom Baumwipfel aus nach unten. Diese Überanstrengung hatte zur Folge, dass das Eichhörnchen schließlich lahmte und eine Drei im Klettern und eine Vier im Laufen bekam. – Der Adler war ein Sorgenkind und wurde streng herangenommen. Im Klettern war er stets als erster auf dem Baum, bestand allerdings auch hartnäckig auf seiner eigenen Methode hinaufzukommen. – Am Ende des Schuljahres hatte ein nicht ganz normaler Aal, der außerordentlich gut schwimmen und auch ein bißchen laufen, klettern und fliegen konnte, den besten Notendurchschnitt und durfte auf der Abschlussfeier die Abschiedsrede halten.

¹⁹ G. H. Reavis, Gleiches Recht für alle – oder vom Segen der kompensatorischen Erziehung, in: Newsletter der National Association for Gifted Children, London April 1982.

Bernhard Schäfers

Dipl.-Soz., Dr. sc. pol., geb. 1939; o. Professor und Leiter des Instituts für Soziologie an der Universität Karlsruhe (TH).

Anschrift: Institut für Soziologie der Universität Karlsruhe (TH), 76128 Karlsruhe.

E-Mail: bernhard.schaefers@sozio.geist-soz.uni-karlsruhe.de

Veröffentlichungen u. a.: Jugendsoziologie. Einführung in Grundlagen und Theorien, Opladen 2001⁷; (Hrsg. zus. mit Hermann Korte) Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie, Opladen 2002⁶; (Hrsg.) Grundbegriffe der Soziologie, Opladen 2003⁸; Architektursoziologie. Grundlagen – Epochen – Themen, Opladen 2003.

Viktoria Kaina

Dr. rer. pol., geb. 1969; wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Potsdam, Professur Regierungssystem der BRD/Innenpolitik.

Anschrift: Universität Potsdam, August-Bebel-Straße 89, 14482 Potsdam.

E-Mail: kaina@rz.uni-potsdam.de

Veröffentlichungen u. a.: Elitenvertrauen und Demokratie. Zur Akzeptanz gesellschaftlicher Führungskräfte im vereinten Deutschland, Wiesbaden 2002; Direkte Demokratie als Ausweg? – Repräsentativverfassung und Reformforderungen im Meinungsbild von Politikeliten und Bevölkerung, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 12 (2002).

Michael Hartmann

Dr. phil., geb. 1952; Professor für Soziologie an der TU Darmstadt.

Anschrift: TU Darmstadt, Institut für Soziologie, FB 2, Residenzschloss, 64283 Darmstadt.

E-Mail: hartmann@ifs.tu-darmstadt.de

Veröffentlichung u. a.: Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft, Frankfurt/M.–New York 2002.

Hildegard Macha

Dr. phil., geb. 1946; Professorin an der Universität Augsburg, Lehrstuhl für Pädagogik und Erwachsenenbildung.

Anschrift: Universität Augsburg, 86159 Augsburg.

E-Mail: Hildegard.Macha@Phil.Uni-Augsburg.de

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Forschergruppe) Erfolgreiche Frauen. Wie sie wurden, was sie sind, Frankfurt/M.–New York 2000; (zus. mit Claudia Fahrenwald) Körperbilder zwischen Natur und Kultur, Opladen 2003; (Hrsg. zus. mit Claudia Solzbacher) Welches Wissen brauchen Lehrer?, Bad Heilbrunn 2003.

Klaus K. Urban

Dr. phil. habil., geb. 1944; Professor für Sonderpädagogische Psychologie an der Universität Hannover, Fachbereich Erziehungswissenschaften.

Anschrift: Universität Hannover, Bismarckstraße 2, 30173 Hannover.

E-Mail: urban@erz.uni-hannover.de

Website: www.erz.uni-hannover.de/~urban

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Arthur J. Cropley) Programs and strategies for nurturing creativity, in: K. A. Heller/Franz J. Mönks/Robert J. Sternberg/Rena Subotnik (Hrsg.), International Handbook on Giftedness and Talent, Oxford 2000; Hochbegabung, in: Georg Antor/Ulrich Bleidick (Hrsg.), Handlexikon der Behindertenpädagogik, Stuttgart 2001; (Hrsg.) Hochbegabung. Eine Bibliographie deutschsprachiger Literatur, Rodenberg 2003³.

Nächste Ausgabe

Werner Link *Essay*

Grundlinien der außenpolitischen Orientierung Deutschlands

Gregor Schöllgen

Die Zukunft der deutschen Außenpolitik liegt in Europa

Hanns W. Maull

„Normalisierung“ oder Auszehrung?
Deutsche Außenpolitik im Wandel

Thomas Risse

Kontinuität durch Wandel: Eine „neue“ deutsche Außenpolitik?

Gunther Hellmann

Von Gipfelstürmern und Gratwanderern:
„Deutsche Wege“ in der Außenpolitik

Rolf Clement

Die neue Bundeswehr als Instrument
deutscher Außenpolitik

Bernhard Schäfers Essay

Elite

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/2004, S. 3–6

■ Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Elitebegriff herausgelöst aus seinen antidemokratischen und faschistischen Vereinnahmungen und als „Funktionseelite“ ein sozialwissenschaftlich verwendbarer Begriff; er bezeichnet das obere Segment der Gesellschaft, das sich durch Bildung, Qualifikation und Leistung zu legitimieren hat. In der Bevölkerung und in der kritischen Öffentlichkeit werden Eliten sowie Forderungen nach „neuen Eliten“ weiterhin mit Skepsis gesehen.

Viktorija Kaina

Deutschlands Eliten – Kontinuität und Wandel

Empirische Befunde zu Rekrutierungswegen, Karrierepfaden und Kommunikationsmustern

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/2004, S. 8–15

■ Das Interesse an Deutschlands Eliten ist in den vergangenen Jahren sprunghaft gestiegen, wie eine Vielzahl neuer Fachpublikationen und eine rege öffentliche Debatte über Elitenversagen und Elitenförderung bezeugen. Betrachtet man die Rekrutierungs- und Karrierepfade deutscher Positionseliten im Zeitvergleich, hat sich wenig geändert: So sind etwa die Aufstiegswege im Allgemeinen lang, mühsam und abgeschottet, und trotz sozialer Öffnungsmechanismen, die in der Forschung zudem umstritten sind, besitzen obere Sozialschichten weiterhin privilegierte Zugangschancen zu Elitepositionen. Eine deutliche Veränderung zeigt sich hingegen in den Kommunikationsmustern der Führungskräfte, indem Eliten aus intermediären Organisationen an Einfluss verloren und Bürokratieleiten an Einfluss gewonnen haben.

Michael Hartmann

Eliten in Deutschland

Rekrutierungswege und Karrierepfade

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/2004, S. 17–24

■ In den vergangenen zwanzig Jahren ist eine allmähliche Öffnung der deutschen Eliten für Frauen zu verzeichnen. Nur in den Topetagen der Wirtschaft bleibt der Elitennachwuchs männlich. Eine soziale

Öffnung gibt es dagegen nicht. Die Eliten rekrutieren sich nach wie vor weit überproportional aus dem Bürgertum. Die Lebensläufe von 6 500 größtenteils männlichen Promovierten zeigen, dass die soziale Herkunft nicht nur vermittelt über die Selektionsmechanismen des Bildungssystems, sondern auch ganz direkt den Zugang zu den Eliten bestimmt. Die Bildungsexpansion hat daher zwar zu einer sozialen Öffnung der Hochschulen geführt, die soziale Rekrutierung der Eliten aber ist unverändert geblieben.

Hildegard Macha

Rekrutierung von weiblichen Eliten

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/2004, S. 25–32

■ Das Thema „Rekrutierung weiblicher Eliten“ wird zunächst aus der Perspektive der Eliteforschung und der Diskussion um Gleichheit oder Differenz innerhalb des feministischen Elitediskurses beleuchtet. Im Anschluss daran werden Forschungsergebnisse zu hoch begabten Mädchen auf die Elitediskussion bezogen. Mädchen haben es schwerer, in die Leistungselite aufzusteigen. Abschließend wird eine Reflexion der Ergebnisse anhand von Untersuchungen zur weiblichen und männlichen Sozialisation vorgenommen, werden Risiken und Potenziale der Geschlechter beleuchtet. Es zeigt sich, dass beide Geschlechter in Bezug auf eine Eliterekrutierung Benachteiligungen erfahren, dass aber zugleich Potenziale ausgebildet werden, die für eine zukünftige Elite sinnvoll und nützlich sind.

Klaus K. Urban

Hochbegabtenförderung und Elitenbildung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/2004, S. 34–38

■ Hochbegabtenförderung ist ein internationales Anliegen, das wesentliche gesellschaftliche wie pädagogische Grundfragen berührt. Ausgehend von Karl Marx und Thomas Jefferson wird zum einen gezeigt, dass Begabung in einer dialektischen, interaktiven Beziehung von Individuum und Gesellschaft steht und entsteht, und zum anderen, dass Elite und Demokratie keinen Widerspruch darstellen. Chancengerechtigkeit ist die Voraussetzung für Begabtenförderung, die in Vielfältigkeit und Einzigartigkeit mündet.
